



der stacheldraht

FÜR FREIHEIT, RECHT UND DEMOKRATIE

13017

Nr. 2/2019



Tschechische Entschädigung

Das kleine Wunder von Cottbus

Westpakete, die nie ankamen

Gegründet 1991 vom BSV-Landesverband Berlin

Inhalt

Aktuell

- 3 Auftrag und Bezeichnung aktualisiert
Herbe Kritik
Neue Archiv-Datenbank
Neutralität verletzt
Streit um Millionen geht weiter

Recht

- 4 Tschechien zahlt Entschädigung für Grenzopfer
Anmeldefrist für DDR-Dopingopfer verlängert

International

- 5 Willkür statt Rechtsstaatlichkeit
Gefängnisstrafe für Naturschützer
Warum wich der Vatikan zurück?

Aufarbeitung

- 6 Gesucht werden...
- 8 NTS – Für ein freies Rußland

Dokumentiert

- 10 „Mitkommen!“

Zeitzeugen

- 11 Westpakete, die ihren Empfänger nie erreichten

Berichte

- 12 VOS Mecklenburg-Vorpommern berät über Strategie
Kindheit ohne Namen
Bürgerberatung im Land Brandenburg
Bedarf an Beratung ungebrochen

Verbände

- 13 30. Bautzen-Forum
Bautzen-Treffen 2019
Einblick ins Geheime
- 15 Bundesstiftung Aufarbeitung legt Förderprogramm auf
Förderprogramm „Revolution und Demokratie“
Andacht und Chorkonzert
Von Freiheit und Unfreiheit
- 16 Beratungstage 2019 in Niedersachsen
Abschied

Service/Bücher

- 16 Unterleuten
Berichtigung
- 17 Scharfe Kritik an der Oktoberrevolution
Menschenrechte in der Diktatur
- 18 Fenster zur Freiheit

Service/Veranstaltungen

17–19

Umschlagbild

Skulptur „Aktenturm“ im Eingangsbereich der Ausstellung „Einblick ins Geheime“ des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin-Lichtenberg (s. a. S. 13).

Foto: N. Radlitz

Editorial

Widerstand, von dem niemand spricht

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

in der Vorbereitung auf das dreißigste Jubiläum des Mauerfalls und der Wiedervereinigung sollten wir ab und zu die bereits ausgetretenen Pfade verlassen. Ich möchte Sie heute auf Menschen aufmerksam machen, die in den Festtagsreden nicht vorkommen werden. Es sind Menschen, an die wir keine Erinnerung haben, weil wir sie nicht kennen. Die meisten von ihnen werden wir auch nie kennenlernen.

Erhart Neubert, der die umfassendste Geschichte von Widerstand und Opposition in der SED-Diktatur verfaßt hat, wies im Jahr 2006 auf den „isolierten, unbekannten und verkannten Widerstand“ hin. Bei seinen Forschungen in den Unterlagen der Staatssicherheit stieß Neubert immer wieder auf mutige und gefährliche Widerstandshandlungen, bei denen die politische Polizei der SBZ oder später das MfS die Täter nicht ermitteln konnte. Tausende Berichte, welche das MfS als „ungeklärte Fälle“ schließlich dauerhaft zu den Akten legen mußte, dokumentieren eine große Vielfalt des Widerstandes.

Dazu gehören regelmäßig Aufrufe zum Widerstand gegen das SED-Regime, zum Wahlboykott. Dazu gehören Proteste gegen aktuelle Auswüchse der Propaganda etwa zum Volksaufstand in Ungarn 1956, zum Sechs-Tage-Krieg 1967 oder zur Selbstverbrennung von Oskar Brüsewitz 1976. Mitunter gipfelte der Widerstand auch in Sabotage an wirtschaftlichen oder militärischen Einrichtungen. Die „Täter“, wären sie identifiziert worden, wären über viele Jahre hinter Zuchthausmauern verschwunden.

Die Staatssicherheit fahndete sowohl nach „Einzeltätern“ als auch nach kleinen Gruppen. Daß die Stasi sie nicht entdeckte, hat vermutlich viel mit glücklichen Zufällen, aber auch mit sorgsamer Planung zu tun. Ob als einzelner oder als Gruppe, ob in der SBZ oder in der DDR, unerkant konnten die Widerständler nur bleiben, wenn sie in absoluter Isolation handelten. Jede Nachricht nach „draußen“, jedes liegengebliebene Blatt Papier, jede diffuse Andeutung im Freundeskreis konnte die Enttarnung und damit die Leiden von Isolationshaft und Zuchthaus zur Folge haben. Sie durften genau das nicht hinterlassen, was ihnen einen gebührenden Platz in der Erinnerung eingebracht hätte: Dokumente, die sie als „Täter“ auswiesen.

Am erfolgreichsten waren vermutlich zeitlich begrenzte Aktionen. Gruppen, die längerfristig agierten, kam die Staatsicherheit irgendwann auf die Spur. Die Verschwiegenheit über den eigenen Widerstand endete nicht mit der Protestaktion. Ob die Betroffenen im Westen oder in der DDR lebten, war gleichgültig. Die Ohren der Stasi-Spitzel konnten überall sein. Also schwiegen sie. Solange es die DDR gab, und darüber hinaus.

Durch die Stasi wissen wir von ihrem Widerstand. Wer sie waren, wie sie lebten, wird in vielen Fällen unbekannt bleiben. Ich meine, wir sollten im 30. Jahr des Mauerfalls diesen bekannten und unbekannten Menschen des Widerstandes die Ehre erweisen, die ihnen gebührt.

Ihr Dieter Dombrowski

Auftrag und Bezeichnung aktualisiert

(ad) Mit aktualisiertem Auftrag und neuer Bezeichnung geht die Behörde der Landesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen in Mecklenburg-Vorpommern als Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der SED-Diktatur in das Jubiläumsjahr der Friedlichen Revolution. Mit dem neuen Aufarbeitungsbeauftragtengesetz hat der Landtag am 23. Januar 2019 den seit Einrichtung der Behörde 1993 geänderten und erweiterten Aufgabenkreis berücksichtigt.

Schwerpunkt der Behörde sind die Beratung und Unterstützung von Menschen, die in der Sowjetischen Besatzungszone oder der DDR politische Repressionen erlebt und Leid und Unrecht erfahren haben. Neben politischen Häftlingen sind

das auch ehemalige Heimkinder, Doping-Opfer und Betroffene, die in der DDR als Minderjährige in psychiatrischen und Behinderteneinrichtungen untergebracht waren.

Seit 1993 haben bei der Behörde und ihren zeitweise angegliederten Beratungsstellen 30 000 Menschen Rat gesucht. Betroffene werden zumeist bei der Akteneinsicht in die Stasi-Unterlagen und darüber hinaus zur Schicksalsklärung auch durch Recherchen in einer Vielzahl von Archiven beraten.

Aus eigenen und beauftragten regionalen Forschungen hat die Landesbeauftragte in ihrer Schriftenreihe mittlerweile 55 Publikationen herausgegeben. 

Neutralität verletzt

(st) Am 14. Februar 2019 veranstaltete die Amadeu Antonio Stiftung in Berlin eine Fachtagung mit dem Titel „Der rechte Rand der DDR-Aufarbeitung“. Zahlreiche fristgerechte Anmeldungen wurden abschlägig beschieden, Journalisten von BILD und BZ nicht zugelassen. Obwohl die Berliner Landeszentrale für politische Bildung die Veranstaltung förderte, war es Vertretern der in der Kritik stehenden Institutionen nicht möglich teilzunehmen. Ein Kommentar der UOKG im Vorfeld der Tagung, die Tagesordnung, ein Brief der UOKG an die Landeszentrale für politische Bildung sowie ein ausführlicher Veranstaltungsbericht sind zu finden auf der Website www.uokg.de. 

Herbe Kritik

(büko) Der Aufarbeitungsverein Bürgerkomitee 15. Januar in Berlin hat heftige Kritik am Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen und seiner Behörde geübt. So sei der Plan des BStU, Außenstellen in den ehemaligen Bezirksstädten zu schließen bzw. zu verkleinern, kontraproduktiv, geschichts- und phantasielos. Er erfülle „lediglich eine Forderung der Regierungs-Ministerialbürokratie“. Regionalgeschichte werde in den kommenden Jahren auch für die nachwachsende Generation immer wichtiger. Der BStU aber wolle jede zweite Außenstelle zur Lesestelle machen. Dies sei eine Mogelpackung.

Außerdem beanstandet das Bürgerkomitee, daß die elektronische Rekonstruktion der Stasi-Akten „faktisch tot“ sei. Der

Bundestag habe vor über vier Jahren zwei Millionen Euro bereitgestellt, damit das Fraunhofer-Institut das Projekt mit einem leistungsfähigeren Scanner fortführen könne. Dieses Geld sei jedoch von der Behörde nicht freigegeben worden.

Schließlich wird kritisiert, daß der BStU praktisch auf eine Zerschlagung der MfS/AfNS-Forschung innerhalb der Behörde abziele. Das Bürgerkomitee fordert die Aufsichtsgremien der Behörde und den Kulturausschuß des Deutschen Bundestages auf, „die derzeitige faktische Auflösung zur Stasi-Forschung zu stoppen und statt dessen sinnvolle Reformen für die Forschung einzuleiten. (Ausführlich dazu unter www.buergerkomitee1501berlin.de, Aktuelle Meldungen) 

Streit um Millionen geht weiter

(fs) In einem Rechtsstreit um verschollenes DDR-Vermögen hat das Schweizer Bundesgericht jetzt zugunsten Deutschlands entschieden. Die deutsche Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BVS), früher Treuhand, hatte die Schweizer Bank Julius Bär auf Rückzahlung von mehr als 100 Millionen Franken (88 Millionen Euro) plus Zinsen verklagt. Deutschland bemüht sich seit mehr als 20 Jahren, die versteckten Millionen wiederzubekommen.

Die SED hatte mutmaßlich nach dem Fall der Mauer große Beträge über das Konto einer DDR-Außenhandelsgesellschaft in die Schweiz geschafft.

Das Bundesgericht in Lausanne entschied, Verantwortliche der Bank hätten „elementare Sorgfaltspflichten verletzt“. Deshalb müßten alle Beträge ersetzt werden, die seit dem 11. Juni 1990 abgeflossen sind. Das Urteil wurde am 6. Februar veröffentlicht.

Das Obergericht in Zürich hatte vor einigen Monaten entschieden, die Forderungen der BVS seien bereits durch einen Vergleich getilgt. Es wurden 106 Millionen zurückgezahlt. Das Bundesgericht befand aber, daß die Verrechnung unzulässig war. Nun muß das Obergericht in Zürich prüfen, ob die Forderungen der BVS aus anderen Gründen abzuweisen sind. 

Neue Archiv-Datenbank

(abl) Das Archiv Bürgerbewegung Leipzig e.V. erhält 41 000 Euro aus dem Vermögen der Parteien und Massenorganisationen der DDR, den sogenannten PMO-Mitteln.

Die Gelder sind vorgesehen für die Programmierung einer Onlinedatenbank und die Anschaffung eines neuen Servers für den Archiv-Verbund von Archiv Bürgerbewegung Leipzig, Umweltbibliothek Großenhennersdorf und Martin-Luther-King-Zentrum Werdau. In allen drei Archiven

werden Zeugnisse des Widerstands und der Opposition in der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR gesammelt.

Bislang haben Forscher Schwierigkeiten herauszufinden, wo welche Zeugnisse zu finden sind. Deshalb wurde dieser Archiv-Verbund gebildet und das zu finanzierende Projekt gestartet: Die Herstellung einer gemeinsamen Datenbank auf einem großen Server, in der alle verfügbaren Archivalien exakt verschlagwortet zu finden sind. 

Tschechien zahlt Entschädigung für Grenzopfer

Der „Stacheldraht“ berichtete in Ausgabe 9/2017 über einen Aufruf der Platform of European Memory and Conscience (Plattform für das Gedenken und Gewissen Europas) und der UOKG an ehemalige DDR-Flüchtlinge, welche bei ihrer Flucht über die Tschechoslowakei in den Westen festgenommen worden waren, vor tschechischen und slowakischen Gerichten Rehabilitierungen und Entschädigungen zu beantragen.

Vorausgegangen war eine Entscheidung im Fall Hartmut Tautz. Der 18jährige Abiturient aus Magdeburg wurde 1986 bei seinem Versuch, die Grenze zwischen der Tschechoslowakei und Österreich zu überwinden, von Wachhunden der tschechoslowakischen Grenztruppen derart angegriffen, daß er seinen schweren Verletzungen kurze Zeit später erlag. Im März 2017 entschied das Bezirksgericht I in Bratislava (Slowakei), Tautz zu rehabilitieren und seiner Familie eine Entschädigung zuzusprechen. Dies war die erste Entscheidung dieser Art und ein großer Erfolg für alle Opfer des Kommunismus.



Reste des Grenzzauns bei Čížov.

Basierend auf dem Gesetz Nr. 119/1990, welches schon 1990 in der Tschechoslowakei eingeführt wurde und die gerichtliche Rehabilitierung der Opfer der kommunistischen Diktatur regelt, beantragten in der Folge mehrere Dutzend ehemalige



Warnschild im ehemaligen Sperrgebiet an der Grenze zur ČSSR: Achtung! Sperrgebiet. Zutritt verboten.

DDR-Bürger eine Rehabilitierung für sich oder ihre Familienangehörigen. In vielen Fällen wurde die Rehabilitierung bereits ausgesprochen, andere Verfahren laufen noch.

Nun hat auch das Justizministerium der Tschechischen Republik ganz aktuell am 28. Januar 2019 erstmals einem ehemaligen DDR-Bürger neben der Rehabilitierung auch eine Entschädigung für die durch die tschechoslowakischen Grenzschutztruppen verursachten Verletzungen zugesprochen.

1982 wurde der damals 27-Jährige bei seinem Versuch, die Grenzbarrieren zu durchbrechen, von einer Patrouille überrascht. Es fielen Schüsse. Ein Schuß traf ihn ins Bein und verletzte ihn schwer. Nach sechs Tagen Haft wurde er an die DDR ausgeliefert und zu einer Haftstrafe verurteilt.

Im Juni 2018 wurde er vom Bezirksgericht Paratice (Tschechien) vollständig rehabilitiert. Nun folgte die erstmals in Tschechien zugesprochene Entschädigung, die sich auf knapp 5000 Euro beläuft.

Die erfolgreiche Entwicklung seit der Entscheidung im Fall Tautz ist insbesondere der Platform of European Memory and Conscience zu verdanken, die sich seit ihrer Gründung im Jahr 2011 nicht nur für die Opfer entlang des Eisernen Vorhangs einsetzt, sondern auch weiterhin versucht, die Verantwortlichen für die Toten zur Rechenschaft zu ziehen. So ermittelt die Staatsanwaltschaft Weiden auf Anzeige der Plattform wegen Mordes an vier DDR-Bürgern, die zwischen 1967 und 1986 am Eisernen Vorhang zwischen der Tschechoslowakei und Deutschland zu Tode kamen. Beschuldigte in dem Verfahren sind die noch lebenden Mitglieder des damaligen Politbüros der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei.

Wie schon Ende 2017 rufen die Plattform und die UOKG ehemalige Bürger der DDR, die bei ihrer Flucht über die Tschechoslowakei in den Westen festgenommen worden sind, auf, vor tschechischen und slowakischen Gerichten Rehabilitierungen und Entschädigungen zu beantragen. Betroffene mit einem Interesse an einem entsprechenden juristischen Vorgang können sich direkt mit einer E-Mail (auch in deutscher Sprache) an die Platform of European Memory and Conscience wenden.

Kontaktdaten:

Peter Rendek, Managing Director,
director@memoryandconscience.eu,
+420-222 561 053

Benjamin Baumgart, Ass. jur.

Anmeldefrist für DDR-Dopingopfer verlängert

(lakd) Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur weist darauf hin, daß der Deutsche Bundestag am 23. Oktober 2018 die Anmeldefrist für Dopingopfer der DDR zur Beantragung von finanziellen Hilfen nach dem Zweiten Dopinghilfegesetz verlängert und die Mittel erhöht hat. Bis zum **31.12.2019** können dopinggeschädigte Hochleistungssportler oder Nachwuchssportler der DDR, sofern ihnen ohne ihr Wissen oder gegen ihren Willen Dopingsubstanzen verabreicht wurden,

Anträge auf Unterstützung aus dem Fonds stellen. Um insbesondere all jenen damals minderjährigen Athleten den Zugang zum Fonds zu ermöglichen, die durch das Staatsdoping tiefgreifende körperliche, psychische und soziale Schäden erlitten, bietet die Aufarbeitungsbeauftragte des Landes Brandenburg verstärkt Beratung an.

Betroffene können sich telefonisch unter (03 31) 23 72 92 21 montags von 14.00 bis 17.00 Uhr, donnerstags von 13.00 bis 16.00 Uhr und freitags von 10.00 bis

13.00 Uhr an die Bürgerberatung wenden oder eine Mail an aufarbeitung@lakd.brandenburg.de senden.

Experten gehen davon aus, daß etwa 15000 Sportlerinnen und Sportler im Rahmen des Staatsdopings im DDR-Sport mit leistungssteigernden, aber gesundheitsgefährdenden Substanzen versorgt wurden. Bis zum November 2018 hatten 900 Sportlerinnen und Sportler einen Antrag nach dem Zweiten Dopinghilfegesetz gestellt.



Willkür statt Rechtsstaatlichkeit

Zum „Tag des verfolgten Anwalts“ am 24. Januar weist die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) auf die Verfolgung von Anwälten und auf willkürliche Änderungen von Rechtsverordnungen und Gesetzen hin, die die Handlungsfähigkeit von Anwälten in China einschränken sollen.

„Zwanzig Jahre Rechtsstaatsdialog zwischen China und Deutschland haben in der Volksrepublik keine positive Entwicklung bewirkt. Bis heute verfügt China über keine unabhängige Justiz, die der Allmacht des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit Grenzen setzen könnte. Menschenrechtsverteidiger wie Wang Quanzhang werden verschleppt, isoliert, gefoltert und ohne eine Chance auf angemessene Verteidigung abgeurteilt“, kritisierte die IGFM.

Menschenrechtsanwälte in China stehen unter ständigem Druck. Sie werden bedroht, schikaniert und in der Ausübung ihres Berufs behindert. Am häufigsten weigern sich die Behörden, die jeweils nur für ein einzelnes Jahr gültige Anwaltslizenz zu verlängern. Anwälte werden sogar direkt bei Gerichtsverhandlungen verhaftet und während der Inhaftierung gefoltert.

Mit dem „709 Crackdown“, dem Beginn einer Kampagne zur Verfolgung von Anwälten am 9. Juli 2015, hat die chinesische Regierung Hunderte Rechtsanwälte, Kanzleimitarbeiter und Rechtsaktivisten verhaften lassen. Die Opfer haben eines gemeinsam: Sie vertreten oder unterstützen Menschen, die aufgrund ihres Glaubens, ihrer Forderungen nach Grundrechten und ihres Strebens nach Freiheit politisch verfolgt werden. Es sind Umweltschützer, Bürgerrechtler, Mitglieder der Demokratiebewegung, Land- und Wohnrechtsaktivisten, investigative Journalisten, Untergrund-Christen, Tibeter, Uiguren und Falun-Gong-Praktizierende.

Volksgesichte haben viele dieser verfolgten Anwälte zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt, darunter den Leiter der renommierten Pekinger Kanzlei Fengrui, Rechtsanwalt Zhou Shifeng und seinen Kollegen Wu Gan. Sie erhielten Haftstrafen von sieben und acht Jahren. Beispielhaft für die zahlreichen Menschenrechtsanwälte weist die IGFM auf folgende namhafte Juristen hin: Gao Zhisheng, Wang Quanzhang, Jiang Tianyong, Yu Wenshang und Sui Muqing. Sie und viele andere sind seit Jahren in Haft, stehen unter Hausarrest oder sind in der Haft „verschwunden“. Die Anklage lautet fast immer: „Subversion der Staatsmacht“. 🇨🇳

Gefängnisstrafe für Naturschützer

Aufruf von Martin Lessenthin, Vorstandssprecher der IGFM: Wer sich auf Kuba konsequent für den Schutz der Umwelt engagiert oder sogar die Behörden anmahnt, die bestehenden Normen durchzusetzen, steht mit einem Bein im Gefängnis. Die Erkenntnis wächst: Bürgerrechtler und Umweltschützer sitzen auf Kuba in einem Boot. Aus Sicht der Herrschenden sind sie Störenfriede und sollen zum Schweigen gebracht werden. Sie werden daher ständig vom übermächtigen Unterdrückungsapparat der Diktatur bedroht und drangsaliert.

Die kubanische Staatssicherheit überwacht und verleumdet jeden, der Versäumnisse von Behörden oder staats-eigenen Betrieben anprangert. Es wird versucht, sie von Freunden und Kollegen zu trennen. Sie werden als gefährlich oder psychisch labil dargestellt. Für die Umweltaktivisten ist dies eine neue Erfahrung, für die Demokratieaktivisten

ist dies das übliche Verhalten des Regimes.

Die kubanischen Bürgerrechtler erleben eine sich verbreitende kritische Auseinandersetzung mit Vertuschung, Profitgier und staatssozialistischer Vetterwirtschaft. Sie haben damit begonnen, den Schutz der Natur als eines ihrer wichtigsten Ziele für ein demokratisches zukünftiges Kuba zu benennen und sie üben Solidarität mit den drangsalierten Umweltaktivisten.

Als Menschenrechtler fordern wir die Aufhebung der Gefängnisstrafe gegen den Naturschützer Ariel Ruiz Urquiola sowie die Aufhebung seines Reiseverbots. Ariel wollte in Berlin seine Sicht der Umweltprobleme auf Kuba darlegen und die demokratischen Staaten bitten, Kuba nur dann Leistungen zu gewähren, wenn es Fortschritte bei den Menschenrechten gibt. Daß er dies nicht konnte, zeigt, wie sehr sich das Regime vor einem Naturschützer fürchtet. 🇨🇳

Warum wich der Vatikan zurück?

Eine Annäherung zwischen China und dem Heiligen Stuhl war schon seit einiger Zeit zu spüren. Im September letzten Jahres haben beide Seiten unter Ausschluß der Öffentlichkeit in Peking ein Abkommen unterzeichnet, das den Streit über die Ernennung katholischer Bischöfe beenden soll. Papst Franziskus hat dabei sieben der insgesamt 84 Bischöfe, die Peking ohne Zustimmung des Vatikans ernannt hatte, nunmehr anerkannt. Darunter sind drei, die der Heilige Stuhl sogar vor Jahren exkommuniziert hatte. Die Exkommunikation wurde jetzt zurückgenommen – ein Novum in der Geschichte des Vatikans.

Offiziell durften die Katholiken des riesenreiches bisher nur im Rahmen der „Katholischen Patriotischen Vereinigung“ wirken, welche direkt der Führungsspitze der KP Chinas untersteht. Ihr gehörten bis jetzt indes nur etwa ein fünftel der geschätzten 25 bis 100 Millionen Katholiken in China an. Die meisten praktizierten ihr religiöses Leben hingegen in Untergrund-Gemeinden. Viele mußten ihre jahrzehntelange Loyalität dem Vatikan gegenüber mit hohen Gefängnisstrafen, nicht selten mit ihrem Leben bezahlen. Nunmehr fühlen viele von ihnen sich enttäuscht und geradezu verraten. Ein früherer Kardinal in Hongkong sprach von einem „Pakt mit dem Teufel“.

Der Heilige Stuhl begeht einen großen Fehler, wenn er tatsächlich glauben sollte, die KP-Führung in der Volksrepublik werde jetzt religionsfreundlicher werden. Für sie gilt auch heute noch das Karl-Marx-Wort, wonach Religion das „Opium des Volkes“ ist.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

Archiv-Führungen zum Tag der offenen Tür

Öffentliche Führungen durch das Archiv der BStU, Außenstelle Dresden, Riesaer Straße 7, 01129 Dresden, finden jeden letzten Donnerstag im Monat zum Tag der offenen Tür, ab 14.30 Uhr, statt. Gruppenführungen sind nach Voranmeldung jederzeit möglich, Tel. (03 51) 25 08 34 11.

Anträge auf Akteneinsicht können zur Führung gestellt werden. Dazu wird ein Personaldokument benötigt.

Gesucht werden...

Für ein besonderes Ereignis, das diesen Sommer in der Gedenkstätte Zuchthaus Cottbus stattfinden soll, suchen wir ehemalige Cottbuser Häftlinge, die Zeugen der nachfolgend beschriebenen einmaligen Begebenheit im Speisesaal des Zuchthauses Cottbus im Frühsommer 1981 gewesen sind. Wer selbst Zeuge gewesen ist oder Personen kennt, die davon berichtet haben, soll sich bitte dringend beim Menschenrechtszentrum Cottbus melden. Die Adresse befindet sich am Ende des Artikels. Aber lesen Sie bitte zuerst diese Geschichte.

Es war ein Samstagvormittag im Frühsommer 1981. Die 54 Häftlinge des „Erziehungsbereichs 7“ (EB 7) aus dem Bereich Druckguß des VEB Pentacon im Hafthaus I der Strafvollzugseinrichtung Cottbus hatten wie jeden Samstag zwischen 9 und 11 Uhr ihre Zellen sauber gemacht. Dies nannte sich „Revierreinigung“. Während dabei häufig Musik aus einem Lautsprecher in einem

I gehen. Danach hatten sie Freizeit, was bedeutete, Briefe nach Hause zu schreiben, ein Buch zu lesen oder Karten zu spielen. Samstags wurde nicht gearbeitet.

Anfang der 1980er Jahre war „Uhu“ der Erzieher des EB 7. Fast alle Angehörigen des Strafvollzugs bekamen von den Häftlingen Spitznamen, wie „Urian“, „Ledersack“, „Jauche“, „Blubberbacke“, „Onane“, „Elefantenbaby“, „Monika“, „Jesus“, „Arafat“, „Texaner“, „Würger“ oder „Roter Terror“. Uhu holte seinen Brigadier, den sogenannten Bidscher, der ein vom Erzieher ausgewählter Häftling war und eine vermittelnde Rolle zwischen dem Erzieher und den Gefangenen spielte. „Holen Sie die Leute zusammen, die Interesse am Musikzirkel haben“, sagte er zum Bidscher. Er verriet nicht, worum es ging, denn er wollte die Häftlinge überraschen. Nichtsahnend

fragte der Bidscher reihum seine Haftkameraden, wer am Musikzirkel Interesse habe und teilnehmen wolle, der nun entweder im Speisesaal, im Kinosaal eine Etage darüber oder in einem anderen Gemeinschaftsraum stattfinden würde. Vorschläge bzw. Anweisungen des Erziehers, was an „staatsbürgerlichen Maßnahmen und allgemeiner Bildung“ gemacht werden sollte und konnte, wurden grundsätzlich von den Häftlingen abgelehnt und überhaupt nicht mit Begeisterung aufgenommen. Schließlich könne man sich nicht auf ihre Seite stellen, denn es könne nichts Gutes von ihnen kommen. Man wisse nie, was dahinterstecken würde.

Der Bidscher ging zurück zu Uhu und meldete, daß nicht mehr als zehn Häftlinge Interesse am Musikzirkel hätten. „Na, Hauptsache, sie werden es nicht bereuen“, war schmunzelnd die Reak-

tion von Uhu. Die interessierten Häftlinge sollten sich vollständig bekleiden, d.h. Jacke und Schuhe anziehen sowie das Käppi aufsetzen. Sie nahmen auf seine Anweisung hin die Boxen, das Tonbandgerät und den selbstgebauten Verstärker, gingen die Treppe hinunter und marschierten in Richtung Speisesaal. Dort angekommen, stellten sie die Geräte auf, der mitgebrachte Kaffee wurde ausgeschenkt und dann geschah das Unmögliche! Aus den Boxen ertönte ganz laut „The Wall“, die Originalmusik der kapitalistischen Rockband „Pink Floyd“. Wie konnte das bloß sein? Die Häftlinge waren baff und dachten sich: „Was geht denn hier ab? Die Musik des Klassenfeinds war doch so verpönt und dann spielen sie sie im Knast! Machen sie es, damit sie sich bei uns einschmeicheln?“ Daß er ihnen eine Freude im Rahmen der engen Grenzen des Strafvollzugs machen wollte, konnte doch nicht möglich sein. Die kleine Gruppe von Häftlingen erlebte nun etwas Einzigartiges. Sie lehnten sich zurück, tranken ihren Kaffee, hingen ihren Gedanken nach und genossen einfach die Musik. Der eine oder andere träumte von der Freundin, mit der er diese Musik gern zusammen gehört hätte.

Es war möglich, den selbstgebauten Verstärker ganz laut aufzudrehen, so daß nicht nur diese auserwählte Gruppe die westlich-dekadenten Töne genießen durfte. Auch zahlreiche andere Häftlinge der benachbarten Erziehungsbereiche konnten diese für ein Gefängnis in der DDR-Diktatur ungewöhnliche Musik hören. Wer hätte tatsächlich gedacht, daß solche Worte wie „We don't need no education, we don't need no thought control“ (Wir brauchen keine Bildung, wir brauchen keine Gedankenkontrolle) jemals aus den Fenstern eines DDR-Gefängnisses ertönen würden?

Am Montag darauf wurde Uhu zum Abteilungsleiter zitiert. Nun mußte er sich rechtfertigen, was ihm einfiele, die Musik des Klassenfeinds im Gefängnis zu spielen und woher er sie habe. Der Uhu fand eine plausible Erklärung, die den fremdsprachlich unkundigen Abteilungsleiter offensichtlich beruhigte. „The Wall“ war ein Mitschnitt aus der Sendereihe „Duett“ des Berliner Rundfunks, die mittwochs zwischen 15.05 und 15.30 Uhr ausgestrahlt wurde. Also war das Tonband keine Schmuggelware aus dem Westen, sondern legal aus dem DDR-Rundfunk aufgenommen. Schließlich galt für das Abspielen von Musik im Strafvollzug die gleiche staatliche Vorgabe wie allgemein



Zuchthaus Cottbus (14.6.1990).
Der Speisesaal auf der Rückseite des Hafthauses I.

RFT-Holzgehäuse in der Mitte des Flurs dudelte, wurden die Zellen gründlich gereinigt, der Boden gebohnt und die Betten exakt nach Vorschrift hergerichtet. Dann war der „Erzieher“ dieses EBs mit dem Haftraumdurchgang dran. Zelle für Zelle wurde überprüft. Die Gefangenen mußten sich vor der jeweiligen Zelle in Doppelreihe aufstellen, während der Erzieher mit dem Haftraumältesten durch den Haftraum ging und seinen Zustand auf Ordnung und Sauberkeit überprüfte. Wenn alles für gut befunden wurde und es nichts zu beanstanden gab, rückten die Häftlinge wieder in ihre Zellen ein und die Zellentüren wurden verriegelt.

So geschah es auch an diesem Samstagvormittag vor 38 Jahren. Die Revierreinigung war beendet, und die Häftlinge konnten zum Mittagessen in den Speisesaal auf der Rückseite des Hafthauses

in der DDR – das berühmte 60 zu 40. Dies bedeutete 60 Prozent DDR-Musik, 40 Prozent westliche Musik. Uhu hatte Glück gehabt und erlitt keine Konsequenzen. Eine Wiederholung kam für ihn aber nicht mehr in Betracht, weil er sich die Wiederholung der Rechtfertigung vor dem Abteilungsleiter ersparen wollte. Dabei fragten ihn in der Woche darauf Häftlinge aus anderen Erziehungsbereichen, ob er die Musik auch für sie abspielen würde. Uhu lehnte ab und meinte, daß er dies nur für die Häftlinge des Erziehungsbereichs 7 getan habe.

Der damalige Bridscher sagte anerkennend Jahrzehnte später: „Es war eine surreale Situation, etwas Besonderes, daß wir diese Musik hörten. Ein bißchen mutig war es vom Uhu schon, denn er war alleine mit den Häftlingen im Speisesaal und es hätte irgendwas passieren können, bis hin zu einem Aufstand.“ Am



Kleines Gerät, große Wirkung:
das Originaltonbandgerät vom Uhu.

2. Oktober 2017 hatten sich der Uhu und der Bridscher im Menschenrechtszentrum Cottbus getroffen und gaben sich versöhnlich nach Jahrzehnten als in die Jahre gekommene Herren die Hand.

Die Ironie der Geschichte ist, daß am 3. März 1982, nur wenige Monate nach dem einzigartigen Erlebnis im Speisesaal, tatsächlich der vordere Teil der Südmauer des Gefängnisses über eine Länge von 30 bis 40 Metern einstürzte. Die vermutlich aus dem 19. Jahrhundert stammende marode und baufällige Mauer kippte über Nacht einfach um. Welch ein weiteres, weltweit einmaliges Ereignis in einem Gefängnis mit dieser Brisanz, und das auch noch in einer Diktatur! Kein Häftling nutzte allerdings diese Chance und suchte den Weg nach draußen. Denn, wie viele ehemalige Häftlinge damals

und heute noch sagen: „Wo sollten wir auch hin? Aus dem kleinen Gefängnis in das große Gefängnis DDR flüchten?“ Schließlich saßen die meisten Häftlinge in Cottbus wegen Republikflucht ein, weil sie vom Staat daran gehindert worden waren, von einem Teil Deutschlands in den anderen überzusiedeln.

Insofern war der kleine Fall der maroden Gefängnismauer im Jahr 1982 nur ein Vorbote für den Mauerfall des großen und maroden Gefängnisses DDR im Jahr 1989. Aber die inneren Mauern und Wunden, die die „Gedankenkontrolle“ und das Eingesperrtsein bei Tausenden von Menschen hinterlassen haben, sind bis heute noch vorhanden und lassen sie nicht los, wie bei „The Wall“, der großartigen Musik von Pink Floyd.

Sylvia Wähling

*Geschäftsführende Vorsitzende,
Menschenrechtszentrum Cottbus e.V.,
Bautzener Straße 140, 03050 Cottbus,
sylvia.waehling@menschenrechtszentrum-cottbus.de*

Heutige Gedanken des damaligen Erziehers Uhu

Aus heutiger Sicht ist es nicht sonderlich schwer, eine gewisse Analogie der Geschichte dieses „Pink“ [Protagonist in „The Wall“, d.Red.] mit der damaligen Zeit und der Situation in der DDR herzustellen.

Wer hätte 1989 gedacht, daß diese systemtrennende Mauer einmal nicht mehr sein würde? Nur die kühnsten Träumer und Optimisten, aber auch die unermüdlichen Kämpfer für die Freiheit im Osten des damals gespaltenen Landes wagten sich an solche Gedanken heran und träumten diesen Traum! Und die, die diese Gedanken laut äußerten und aus ihrem Tun keinen Hehl machten, und die, die für ihren unbändigen Freiheitswillen sogar den Weg in den Westen über ein Gefängnis in Kauf nahmen, ohne genau zu wissen, ob dieser Weg jemals in die Freiheit führen würde. Auch sie bauten, wie Pink, Mauern um sich herum auf und blieben größtenteils in ihrer eigenen Welt, die für sie unerträglich geworden ist. Genau wie Pink waren sie nicht mehr in der Lage, all ihre Emotionen zu unterdrücken oder zu steuern. Sie taten alles, um die DDR illegal zu verlassen. Sie kamen vor ein echtes Gericht der DDR, nicht vor ein imaginäres wie Pink, und klagten sich nicht selbst an, sondern wurden angeklagt!

Heutige Gedanken des damaligen Bridschers Günter Weinhold

Es ist schwer, sich nach 38 Jahren an ein konkretes Ereignis zu erinnern, zumal es für mich nicht so gravierend war. Ich hatte 1979, als das Doppelalbum „The Wall“ erschien, meine Arbeit als Konstrukteur verloren und arbeitete bei der Kirche als Bauhilfsarbeiter, um Geld zu verdienen und so wenigstens nicht wegen „asozialen Verhaltens“ belangt werden zu können. Mein Sohn war damals drei Jahre, meine Tochter etwa drei Monate alt. Unser Ausreiseantrag, am 7.10.1976 gestellt, hat mich als Familienvater weit mehr umgetrieben als die damals aktuelle Pop-Musik.

Natürlich war ich froh, im tristen Haftalltag mal etwas anderes zu hören, als die DDR-Begleitmusik zum Stubenreinigen auf dem Gang. Sicher war ich als Bridscher direkt beteiligt an der Aktion. Schon das Wort „Musikzirkel“ war aber so eine typische DDR-Schöpfung, eher auf Klassik, auf keinen Fall auf westliche Musik angelegt. Wieder eine verordnete Sache von oben her mit dem üblichen „Häschen-Hüpf“ und der Freude an den Segnungen des Arbeiter- und Bauernstaates, die so die wenigsten wollten. Die Teilnahme daran haben viele abgelehnt, um nicht als Arschkriecher dazustehen. Die „Erzieher“ wollten mit so etwas Gut-Wetter machen und die Gefangenen hinter sich bringen, sich ein bißchen anbiehern.

Ich glaube, der Erzieher hat dazu auch erläuternde Worte gesagt und dann die Musik vom Tonband abgespielt. Bestimmt hat er keine Parallelen aufgezeigt zwischen der persönlichen Isolation des bzw. der Protagonisten im Song und unserer Isolierung im Gefängnis und in der DDR. Mir drängte sich der Vergleich geradezu auf. Der Haupttitel mit dem „brick in the wall“ beschwor geradezu Assoziationen zu den Mauern herauf, die uns umgaben. Diese Trostlosigkeit konnten wir täglich spüren und mußten einige Kraft aufwenden, um dem zu widerstehen. Letztlich ist jeder, der die DDR verlassen wollte, jeder, der an den Zuständen Kritik übte, jeder, der an den Montagsdemonstrationen teilnahm, ein herausgerissener Ziegel, ein „brick“ von vielen, die am Ende die ganze riesige Mauer einstürzen ließen.

Daß uns diese Musik des „Klassenfeindes“ aber in den Mauern von Cottbus erreichte, war ein Wunder! – Das kleine Wunder von Cottbus!



Für ein freies Rußland

NTS – Eine russische antisowjetische Widerstandsorganisation

Im Sommer 2003 erhielt Hessens Generalstaatsanwalt eine Akte mit jenen drei Buchstaben. Obwohl in Frankfurt mehrfach Bombenanschläge auf NTS-Gruppen erfolgten, erkannte er die Bedeutung nicht und erhielt selbst vom Bundeskriminalamt und vom Bundesamt für Verfassungsschutz keine nähere Auskunft. Dabei hatte dieser russische Widerstand in der DDR eine beachtliche Rolle gespielt. Eine Privatperson führte schließlich zum erforderlichen Wissensstand.

Bereits 1930 gründeten geflüchtete Russen in Belgrad den NTS (Narodno-Trudowoj Sojus – Nationaler Bund der Schaffenden) mit dem Ziel, die Stalin-Diktatur zu stürzen und einen demokratischen Rechtsstaat zu errichten. Nach 1945 gaben sie die anfangs vervielfältigte Zeitung „Possev“ (Aussaat) mit kyrillischen Buchstaben in einer kleinen Druckerei in Limburg/Lahn heraus. Mit US-Unterstützung begann der NTS bald in der Ostzone zu wirken, deren Bewohner er bat, seine Flugblätter von Handwerkern in sowjetischen Kasernen und auf Manövergelän-

de zu verbreiten sowie mit den Reparatur- und sonstigen Gütern in die UdSSR zu schmuggeln.

Es gab etliche Methoden, die Schriften in die Ostzone zu schleusen. Am häufigsten wurden große Luftballons verwendet, wobei Säure-Lunten in 3000 Metern Höhe auslösten, daß bis zu 10 000 Flugblätter vom Himmel fielen. Das Bestreben, damit das Gebiet auf ca. 15 Quadratkilometer einzugrenzen, führte indes angesichts wechselnder Windrichtungen nicht immer zum Ziel. Die Gesamt-Auflage der in die DDR verbrachten Flugblätter betrug 1951 ca. 250 000, die sich ab 1954 auf vier Millionen steigerte.

In der zweiten Jahreshälfte 1956 wurden nach MfS-Unterlagen 726 977 per Ballons eingeschleuste Flugschriften beschlagnahmt. Manche waren der sowjetischen Einhundert-Rubelnote nachgedruckt und trugen auf der Rückseite NTS-Aufrufe: „Was hat uns der Sieg gebracht? Wir haben den Boden von Stalingrad bis Berlin mit unserem Blut getränkt. Aber was hat sich geändert? Es genügt nicht, den Bol-

schewismus zu kritisieren, er muß vernichtet werden! Bildet Gruppen von drei Vertrauten, verbreitet unser Zeichen HTC!“ Oft erschien „Possev“ auf speziellem Dünndruckpapier und wurde in Sowjetzeitungen eingelegt. Man fälschte die „Prawda“ und das Armee-Organ „Sowjetskaja Armija“. Zeitungskopf sowie die obere Hälfte der Titelseite wurden original nachgedruckt, der weitere Inhalt war NTS-Text.

Ein Geheimnis bis heute umgibt die „Possev“-Meldung vom 12. Juli 1953, am 28. Juni seien beim 73. sowjetischen Schützenregiment bei Magdeburg 18 Soldaten standrechtlich erschossen worden, weil sie sich am 17. Juni geweigert hatten, auf demonstrierende deutsche Arbeiter zu schießen. Bekannt ist, daß dem NTS in West-Berlin ein Zettel mit jener Nachricht vorlag, die auf hohe Quellen schließen ließ.

1957 konnte auch die UdSSR nicht mehr die NTS-Aktionen verschweigen. Der „Literaturnaja Gaseta“ zufolge hatte NTS zwei Jahre zuvor 14 Millionen Flugblätter per Ballons nach Sowjetrußland eingeschleust. Diese erschienen ebenfalls in Polnisch und Lettisch mit der Bitte an den Finder, den angehefteten Text zu verbreiten. Nach Ungarn wurden Schriften

Lieber Freund! W Ц

Dies ist ein Flugblatt der russischen Politischen Organisation NTS. Der NTS, der Nationale Bund des Schaffens (Russische Solidaristen) kämpft für die Befreiung seiner russischen Heimat vom kommunistischen Regime.

Kämpfer des NTS sind in den Reihen der sowjetischen Armee und Marine, in den Städten und Dörfern unseres Landes.

Zur Befreiung des russischen Volkes vom unmenschlichen kommunistischen System schafft der NTS eine starke und nicht zu fassende revolutionäre Organisation. Kämpfergruppen von 2-3 Mann, die nicht miteinander verbunden sind, sind überall zerstreut, untergraben das kommunistische Regime und schaffen in der Armee eine, für die Revolution günstige politische Atmosphäre. In Rußland und in der Armee wird außerdem ein revolutionärer Führerstab herangebildet, der mit dem Revolutionsstab im Ausland in Verbindung steht.

Wenn die Situation für einen Sturm reif ist, wird auf ein Zeichen des NTS der bewaffnete Aufstand des russischen Volkes für Freiheit, Boden und Menschenwürde beginnen.

Das deutsche Volk in der Ostzone ist ebenfalls vom Kommunismus unterjocht. Solange das kommunistische Regime in Rußland herrscht, wird es kein einiges Deutschland und keine Wiedervereinigung des deutschen Volkes geben, werden weder ihr noch wir ein menschenwürdiges Dasein in Frieden und Freiheit führen können.

Die Erfahrung hat gelehrt, daß sich die deutschen und russischen Freiheitskämpfer zusammenschließen müssen. Nur die Einheit des Willens der versklavten Völker kann zur Befreiung aus der kommunistischen Sklaverei führen.

Wir wenden uns mit diesem Flugblatt an die Soldaten und Offiziere der Sowjetarmee und sagen ihnen die Wahrheit über die letzten Ereignisse in der Heimat.

Der Fall Malenkows ist nur ein Zwischenspiel in der jähren Schwankung in das stalinistische Geleise.

Eine Rückkehr der finsternen Zeiten des Stalinismus bedeutet aber:

Verstärkung der Kriegsindustrie und des Wetrüstens,
Verstärkung der Unterdrückung, der Ausbeutung und des Elends.

Sie bedeutet neues vergebliches Warten vor leeren Geschäften, sie bedeutet Kanonen statt Butter, Knebelung jeglicher Freiheit, Verstärkung des Terrors und der Säuberungen.



in dortiger Sprache mittels wasserfester Kunststoffhüllen auf Flüssen von Österreich aus eingeschleust.

Eine wichtige Rolle spielte der Untergrundsender „Freies Rußland“, der ab 1950 auf Wellenlängen sowjetischer Rundfunksendungen für die Truppen in Deutschland ging. Anfangs handelte es sich um eine selbstgebastelte Radiostation, deren Antennen noch in Bäumen angebracht wurden und die direkt an der Zonengrenze entlangfuhr. Ein MfS-Sprengstoffanschlag im Juni 1958 zerstörte das Studio bei Frankfurt/Main fast völlig. Fünf Jahre später kam es zu einem gemeinsamen Schlag des KGB und einer MfS-Sabotageeinheit. Noch Anfang der 70er Jahre erfolgten wiederholt Bombenattentate auf den Sender, der inzwischen täglich zehn Stunden ausstrahlte.

Ost-Berlin und Moskau überschätzten die NTS-Aktionen als reale Gefährdung und gingen mit außergewöhnlicher Hartnäckigkeit gegen die Organisation vor. 1954 erhielt KGB-Hauptmann Chochlow direkt vom ZK der KPdSU den Befehl, NTS-Führer Okolowitsch mit einer – mit Schalldämpfer versehenen und in einer Zigarettenschachtel versteckten – Kleinst-Pistole zu ermorden. Er trat jedoch zum

Westen über. Als Rache wurde er 1957 bei einem Essen in Frankfurt/Main mit Thallium vergiftet, das zuvor radioaktiv aufgeladen war – drei Wochen kämpften die Ärzte um sein Leben.

Heinz Gläcke, Mitglied des Heimkehrerverbandes in West-Berlin und Stasi-Mitarbeiter, gelang es, das NTS-Führungsmittglied Dr. Alexander Truschnowitsch zu entführen, er erhielt dafür in Moskau den Orden „Roter Stern“. Der DDR-Kriminelle Wildbrett sollte den NTS-Präsidenten Wladimir Poremski erschießen. Trotz der Belohnung von 20 000 Ost-Mark offenbarte er sich dem Westen. Andererseits gelang es dem MfS-Mitarbeiter Kläden, in den Kern der NTS-Organisation einzudringen und insgesamt 32 DDR-Bewohner zu verraten, die zu dieser in engem Kontakt standen.

Wohl in Zusammenarbeit mit der DDR-Widerstandsorganisation „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ erhielten SED-Funktionäre Briefe vorgeblich von Volkammerpräsident Johannes Dieckmann. Sie sollten sowjetische Offiziere ihres Ortes mit einem Blumenstrauß im Werte von – wörtlich – „mindestens 50 Mark“ aufsuchen und ihnen die beigelegten Briefumschläge feierlich übergeben – im Innern lagen NTS-Zeitungen!

Bekannt wurde auch, daß die HO-Läden in Suhl von vermeintlichen sowjetischen Dienststellen die Anweisung erhielten, russischsprachige Transparente in ihrer Stadt anzubringen. Übersetzt lautete der Text „Wer Stalin ehrt, will den Krieg!“

Im Rahmen der neuen Ostpolitik Bonns (vielleicht auf Drängen Moskaus?) verbot Bundeskanzleramtsminister Horst Ehmke 1972 jegliche Widerstandstätigkeit des NTS, der daraufhin gänzlich in den Untergrund ging. Die Sendungen „Freies Rußland“ wie auch die vielen Ballon-Aktionen erfolgten nun über Skandinavien. Von Finnland und auch von Jugoslawien aus versandte Flugblätter waren häufig als Privatbriefe, nicht selten mit Kinderhandschrift, getarnt. Oft gelangten sie im innerdeutschen Warenverkehr in die DDR. Noch die MfS-Anweisung vom 14. Oktober 1988 über „die Bekämpfung feindlicher Stellen und Kräfte“ nannte den NTS.

Nach dem Zerfall des Sowjetkommunismus und den Demokratiebestrebungen Jelzins löste sich die russische antisowjetische Widerstandsbewegung auf. Gewiß werden manche ihrer einstigen Mitglieder heute unter den Demonstranten gegen die Putin-Herrschaft zu finden sein.

Friedrich-Wilhelm Schломann

СОЛДАТЫ И ОФИЦЕРЫ 4-ОЙ ГВАРДЕЙСКОЙ МЕХАРМИИ ДОРОГИЕ ДРУЗЬЯ!

Я ушел на Запад не для того, чтобы уехать в Америку или куда-нибудь еще, обзавестись домиком или фермой и сеять табак.

Я ушел для борьбы!

Я знал, что на Западе существуют организации русских людей, поставивших себе целью бороться со сталинским, маленковским, коллективным, или еще, как оно там будет называться, коммунистическим правительством.

И я встретил этих людей.

Я рассказал им о тех настроениях, которые существуют в среде офицеров и солдат.

Я рассказал им, как бедствует наш народ, о его голодном и нищенском существовании, о его скрытых мечтах и чаяниях.

Они знали многое, но жадно слушали каждое мое слово. Это не продавшиеся англо-американскому капиталу люди, как вбивают вам в головы замполиты.

ЭТО РЕВОЛЮЦИОННЫЕ БОРЦЫ,
СЫНЫ НАШЕЙ РОДИНЫ.

Они готовы бороться против власти и борются против нее.

Они забрасывают в зону оккупации листовки, они издают и перебрасывают туда же газету «Посев», они обращаются к армии и советскому народу по своей маленькой подпольной радиостанции «Свободная Россия».

НАЗЫВАЕТСЯ ЭТА ОРГАНИЗАЦИЯ

НАЦИОНАЛЬНО-ТРУДОВОЙ СОЮЗ (НТС)

Я им сказал, что они делают нужное дело, что стоят на правильном пути и что их пропаганда доходчива.

Но я не мог не сказать, что того, что они делают, еще очень мало.



Ein neuer Sendbote

Als erster Emigrant nach Stalins Tod flüchtete im April d. Js. Major L. N. Ronschin, Kommandeur einer Abteilung der 4. Gardedivision (mech.) nach Westberlin. Er hatte schon zwei Jahre mit dem Berliner Komitee und der revolutionären Gruppe des NTS in Verbindung gestanden. Major Ronschin wandte sich über den Sender „Freies Rußland“ an seine Kameraden und forderte sie auf, die revolutionäre Arbeit des NTS zu unterstützen.

Liebe Freunde der 4. mechanisierten Gardecarmee!

Ich bin nicht nach dem Westen gegangen, um mir ein geruhiges Leben zu sichern.

Ich wußte, daß es im Westen eine russische Organisation gibt, deren Ziel es ist, gegen die stalinistische, malenkowsche, kollektive, oder wie sie sich auch nennen möge, kommunistische Regierung zu kämpfen. Sie sind nicht Söldlinge des anglo-amerikanischen Kapitals, wie man es euch einreden will, sondern revolutionäre Kämpfer und Söhne unserer Heimat, die gegen die Sowjetherrschaft kämpfen.

Sie werfen in der besetzten Zone Flugblätter und die Zeitung „Possev“ ab, sie sprechen über ihren kleinen illegalen Sender „Freies Rußland“ zur Armee und zum Sowjetvolk. Es ist der Nationale Bund des Schaffens (NTS). Ich habe ihnen gesagt, daß sie auf dem richtigen Wege sind. Aber ich habe ihnen auch sagen müssen, daß alles was sie tun, noch zu wenig ist. Ihre Kräfte müssen verzehnfacht werden. Mehr Flugblätter, mehr Propagandamaterial sind nötig. Darin liegt die Gewähr ihres Erfolges.

Ich sprach zu ihnen aus meinem Wissen um die Gedanken der Tausenden und Abertausenden in der

„Mitkommen!“

Redebeitrag von **Elke Schlegel** auf dem UOKG-Kongreß „Vergessene Kinder? Die Nachkommen politisch Verfolgter“ am 3. November 2018 in Berlin

„Mitkommen!“, brüllt der ranghöchste Stasi-Offizier in der Eingangstür und stürmt an mir vorbei in unsere Wohnung. Plötzlich stehen fünf Männer und eine Frau vor mir. Sie in Uniform, ich im Morgenmantel. Ihre Blicke klagen an, ihre Sprache ist eisig. „Es geht um die Klärung eines Sachverhaltes“, sagt der Offizier. Die Frau kommandiert mich ins Schlafzimmer: „Ziehen Sie sich an. Ist das Ihr Sohn?“ – „Ja“ – „Ziehen Sie ihm auch etwas an.“ Thomas, mein Mann, folgt den Anweisungen eines Offiziers. Alles muß schnell gehen: Pyjama aus, Hose und Pullover an. Raus zum Auto.

Vor dem Haus trennen sie uns. Drei Offiziere drängen Thomas in einen Wartburg, fahren mit ihm stadtauswärts. Der Rest des Verhaftungskommandos fährt Tony und mich ein paar Straßen weiter zu meiner Mutter. Ich klinge sie aus dem Bett. Die Stasi-Frau rückt nicht von meiner Seite. Es bleibt nur Zeit für hastige Worte im Treppenhaus. „Mutti, ich werde dich nie wiedersehen. Paß auf Tony auf.“ Dann knie ich mich runter zu meinem zweieinhalbjährigen Sohn, drücke ihn fest an mich. „Ich geh dir was Schönes kaufen. Bin bald zurück.“ Was für eine Lüge! Ich könnte losheulen. Aber es wäre ein Triumph für die Stasi-Frau. Das war am 28. März 1984 in Jena, und so oder ganz ähnlich liefen viele Verhaftungen ab.

Kinder, deren Eltern in politischer Haft saßen, wurden drangsaliert oder litten später unter den Folgen der Haft. In der Denkschrift der Bundesregierung zum Einigungsvertrag heißt es ausdrücklich, daß die Rehabilitierung aus rechtspolitischen, humanitären und sozialen Gründen geboten sei, um das Unrecht und seine Auswirkungen im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten zu beseitigen.

Es geht uns um die Kinder von ehemaligen politischen Gefangenen, die während der Haftzeit ihrer Eltern der diktatorischen Willkür und den Repressionen in der DDR ausgesetzt waren. Diese Gruppen erhalten bislang keine Ausgleichsleistungen. Es geht um die Anerkennung des erlittenen Unrechts.

Das Unrecht, welches den Kindern angetan wurde, deren Eltern in politischer Haft in der ehemaligen DDR waren, die von Großeltern, Geschwistern und Freunden versorgt wurden, die privat und ohne staatliche Fürsorge auskommen mußten, hat seit fast drei Jahrzehnten keine Beachtung und Aufarbeitung gefunden.

Uns geht es nicht um die Kinder, die in Heimen, in stationären Einrichtungen der Behindertenhilfe oder in stationären psychiatrischen Einrichtungen waren. Es geht um die Kinder die in privater Pflege bei Verwandten, Großeltern und Freunden oder linientreuen Erziehungsberechtigten untergebracht waren. Nicht nur die Eltern sind durch die Haftzeit in der DDR Opfer, auch die Kinder, die über Jahre getrennt und ohne Kontakt zu ihren Eltern waren. Auch diese Kinder sind politisch Verfolgte.

Es geht um die Kinder, die allein waren, wenn im Kindergarten gesagt wurde: Du hast gar keine Eltern, die dich abholen. Oder: Deine Eltern sind Verbrecher. Oder wenn ihnen in der Schule gesagt wurde: „Du brauchst Dich gar nicht mehr zu melden. Wenn du willst, brauchst du gar nicht mehr zu kommen.“ Oder um die Kinder und Jugendlichen, die auf dem Schulhof von der Stasi als Spitzel mißbraucht wurden. Und um die Kinder, die erpreßt wurden, sie könnten ihre Schule nicht zu Ende bringen, die keinen Studienplatz bekamen, nicht ihren Beruf erlernen durften, denen gedroht wurde, die Eltern verlieren ihren Beruf.

Diese Kinder hatten während der Haft der Eltern keinen Kontakt zueinander.

In ganz seltenen Fällen gab es mal einen Brief, aber keinen Besuch, keine finanzielle Unterstützung. Alle Fest- und Feiertage verbrachten diese Kinder ohne eine Nachricht der Eltern. Schuleinführungen fanden ohne Eltern statt. Geburtstage und Heiligabend verbrachten diese Kinder ohne ihre Eltern. Demütigungen, Entfremdung gegenüber den Eltern seitens der Schule war erlaubt. Traumatisierung war die Folge. Diese Wunden werden nie heilen. [...]

All diese Diskriminierungen haben die jungen Menschen verletzt, das ist durch einen staatlichen Rehabilitierungsakt nicht zu heilen. Wir wollen es nicht mehr hinnehmen, daß den betroffenen Kindern derzeit regelmäßig eine Entschädigung versagt bleibt, obwohl ihre Eltern Opfer einer politischen Verfolgung waren, unter der auch sie gelitten haben.

Wir glauben, das ist eine der schwierigsten moralischen Fragen im Zusammenhang mit der Aufarbeitung von SED-Unrecht. Es kann keine vollständige Wiedergutmachung geleistet werden. Das geht überhaupt nicht. Wenn man sich allein vorstellt, welche Bedrängnis die Menschen erfahren haben, welches Leid sie erfahren haben, daß Menschen, die zu Unrecht inhaftiert waren oder ihren Beruf verloren haben, Jahre ihres Lebens und ihre Lebensfreude oder vielleicht sogar ihre Gesundheit verloren haben. Das kann nicht wieder gutgemacht werden.

Wir glauben, die gesamte Gesellschaft ist gefordert, immer wieder an der Aufarbeitung selber zu arbeiten und sich immer wieder bewußt zu machen, daß es die Menschen waren, die den Umsturz in der DDR herbeigeführt haben, unter Einsatz ihres eigenen Lebens, und dem muß Respekt entgegengebracht werden. Das ist aber alleine nicht die Wiedergutmachung. Was man nicht rehabilitieren kann, das ist der Verlust an Menschenwürde.

Wir sind hier für unsere Kinder, unsere Nachkommen, damit sie in geeigneter Form als Opfer des DDR-Unrechts entschädigt werden.

Wir werden nicht locker lassen. Die Kinder fangen an zu reden, das Schweigen ist gebrochen. Es darf kein Trauma der zweiten Generation bleiben! [...]

Wer im Geld schwimmt, hält den Rettungsring für eine Zumutung. **Ernst R. Hauschka**

Die Redaktion liebt Rettungsringe...

Deshalb: Bitte spenden Sie für den STACHELDRAHT, und werben Sie Spender und Abonnenten.

Für Spenden gibt es kein Limit, und jedes Abo hilft. Das Jahresabonnement mit neun Ausgaben kostet 9,- Euro.

Name und Anschrift an die Redaktion senden, Überweisungen bitte auf das Konto BSV-Förderverein, Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG, IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110, Verwendungszweck „Stacheldraht-Abo“ oder „Stacheldraht-Spende“.

(Für UOKG-Mitglieder besteht keine Zahlungspflicht.)

Westpakete, die ihren Empfänger nie erreichten

In der Mitte der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts hatten uns die Cousine Elfriede Martner, ihr Mann Heini und ihre drei Kinder Otto, Stephan und Christine aus Wolfratshausen bereits das zweite Mal in Prenzlau in der damaligen DDR besucht. Wir fuhren mit ihnen in die Bezirksstadt Neubrandenburg, wo wir in einer Kfz-Verkaufsstelle unseren viele Jahre vorher bestellten Pkw vom Typ Lada 1200 endlich abholen konnten.

Da ich bisher nur einen Trabant (Zweitakter mit Vorderradantrieb) fahren konnte und mir das Fahrverhalten eines Viertakters mit Hinterradantrieb noch fremd war, fuhr mich Elfi aus Oberbayern in dem neuen tomatenroten Auto nach Hause. Wir freuten uns riesig über die neue Anschaffung und bedauerten nur, daß der Tankdeckel nicht abschließbar war. In der Bundesrepublik wurde der dort sehr preisgünstige Lada auch vertrieben. Und selbstverständlich gab es dort einen verschließbaren Tankdeckel.

Nach Rückkehr in ihre oberbayerische Heimat schickten uns die Verwandten sofort einen verschließbaren Tankverschluß, den sie in Wolfratshausen in der Ickinger Straße gekauft hatten. In einem Brief kündigten sie uns den Inhalt des bereits abgeschickten Pakets an. Nur kurze Zeit später sprach mich eine freundliche, mir nicht näher bekannte männliche Person mittleren Alters auf dem Heimweg an. Er habe gehört, daß ich einen Tankdeckel mit Verschlußmöglichkeit für mein neues Gefährt suche. Er freue sich, daß er mir weiterhelfen könne. Umgehend würde er mir einen besorgen, aber natürlich müßte ich dafür eine „kleine Gegenleistung“ erbringen. Zunächst dachte ich mir nichts dabei, denn Gegenleistungen waren in der DDR, in der auf Grund der Planwirtschaft ein chronischer Mangel an fast allem bestand und ein heimlicher Tauschhandel florierte, nichts Ungewöhnliches.

Als ich jedoch Näheres wissen wollte, stellte sich heraus: Er meinte „kleine Dienste für die Stasi.“ Entrüstet lehnte ich sein unmoralisches Ansinnen ab. Mit dem *westdeutschen* Tankdeckel geködert, der als „Geschenksendung, keine Handelsware“ deklariert war, sollte ich der *ostdeutschen* Staatssicherheit einen sicher mehr als fragwürdigen Dienst er-

Ähnlich ging es mir mit einem wertvollen wissenschaftlichen Taschenrechner, den mir meine Cousine Neldi Schott aus Friedberg bei Augsburg geschickt hatte. Ich hätte ihn dringend für meine Forschung auf dem Gebiet der Diabetologie benötigt. Auch er kam nie an. Somit mußte ich weiter mit einem minderwertigen bulgarischen Taschenrechner arbeiten, für

Systematische Plünderung

In der DDR wurden seit 1972 systematisch Westpakete ausgeraubt. Das berichtet der letzte DDR-Minister für Post- und Fernmeldewesen der Regierung de Maizière, Hans-Jürgen Niehof, im Gespräch mit dem MDR-Magazin Umschau.

Geplündert wurden nach Auskunft von Niehof nicht nur Irrläufer, die nicht zugestellt werden konnten, sondern auch korrekt beschriftete Pakete, die von der Staatssicherheit als unzustellbar deklariert wurden. Nach Dokumenten aus der Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen (BStU) waren es mehrere hunderttausend Pakete pro Jahr, die der Staat gestohlen hat. Aufzeichnungen der Staatssicherheit belegen, daß der Geheimdienst allein in den letzten vier Jahren der DDR 32 Millionen D-Mark Bargeld und Waren im Wert von 10 Millionen Mark der DDR aus den Paketen entnommen hat.

„Was man aus den Paketen irgendwie gebrauchen konnte, wurde entweder zur Devisenerbringung durchgeführt oder es fand sich in der Waldsiedlung bei den Politbonzen in Wandlitz wieder“, erzählte Niehof. Er berichtete, daß mittlere und höhere Führungskräfte die Waren aus den Paketen im Kurs 1:1 kaufen konnten. Dafür gab es die Möglichkeit in bestimmten Geschäften und im geheimen Zentrallager der Staatssicherheit in Freienbrink. In dem Ort bei Berlin fand auch die Paketkontrolle statt.

Bereits ab 1967 wurden viele Westpakete durchleuchtet und deren Inhalte durch die staatlichen Organe verwertet, allerdings noch nicht systematisch. Zwar garantierte die DDR-Verfassung das Postgeheimnis, doch es gab Ausnahmen. „Wenn es die Sicherheit des sozialistischen Staates erforderte, durften auch Sendungen kontrolliert werden“, so Niehof. Unter dem Vorwand, die DDR vor Staatsfeinden und Hetze aus dem Westen zu schützen, habe die Stasi dann die Ausnahmen zur Regel gemacht.

weisen. Das mir von den Verwandten angekündigte Paket, auf das sich besonders unsere drei Kinder schon sehr gefreut hatten, traf natürlich(?) nie ein. Sicher hatte es die Stasi längst beschlagnahmt. Eine Mitteilung darüber erhielt ich nie. Sich darüber zu beklagen, hätte in dem „Rechtsstaat DDR“ damals – bis auf zu erwartende Unannehmlichkeiten für den Beschwerdeführer – nichts bewirkt. Insofern habe ich mich darüber gar nicht erst beschwert, denn zusätzlichen Ärger wollte ich vermeiden.

den ich in Templin in einem Fachgeschäft einen halben Monatslohn ausgegeben hatte, obwohl er lediglich einfache Rechnungen mit den vier Grundrechenarten ermöglichte.

Und als ich mich bei meiner Cousine Paula Weiskopf aus Barsinghausen bei Hannover für den schönen Pullover bedankte, den sie mir vor einem Jahr geschickt hatte und den ich gerade trug, sagte sie zu mir: „Heinz, der Pullover sieht ja wirklich nicht schlecht aus, den du trägst. Aber nimm es mir nicht übel, wenn ich dir sage: Ich habe dir einen viel schöneren (neuen) geschickt. Mir war, eindeutig erkennbar, Second-hand-Ware ohne Etikett vom Zoll in das Paket gelegt worden, der neue Pullover wurde entnommen. Hätte ich Paula nicht zufällig nach drei Jahrzehnten erstmals nach unserer Aussiedlung getroffen, hätte ich von diesem Diebstahl nie etwas erfahren.“



Aufnahme der Staatssicherheit vom Inhalt eines Westpakets.

Quelle: BStU

Heinz Schneider

VOS Mecklenburg-Vorpommern berät über Strategie

Mitglieder des Landesverbandes der VOS Mecklenburg-Vorpommern (Vereinigung der Opfer des Stalinismus) trafen sich am 31. Januar 2019 in Rostock zu einem Gespräch über die Strategie des Landesverbandes. Ausgangspunkt der Beratung war die Feststellung, daß die VOS und ihre Arbeit nur an bestimmten Jahrestagen – wie dem 17. Juni – wahrgenommen werde. Zu den Veranstaltungen der VOS würden dann auch Politiker erscheinen, da sie sich dann medienwirksam präsentieren könnten.

Wichtige Anliegen der Vereinigung, wie Anerkennung von politischer Verfolgung oder die Sanierung der Stasi-Gefängnisse in Rostock und Neubrandenburg, die für eine ehrliche Aufarbeitung der SED-Diktatur notwendig seien, würden dagegen kaum berücksichtigt. „Statt dessen nimmt die Verherrlichung der DDR immer neue Formen an“, sagte VOS-Landeschef Fred Mrotzek. Ein Beispiel dafür sei die derzeit stattfindende Sitte- und Cremer-Ausstellung in der Kunsthalle Rostock.

Während der Beratung wurden unterschiedliche Vorschläge diskutiert, wie eine bessere öffentliche Wahrnehmung der Anliegen der VOS erreicht werden könnte. Gerade im 30. Jahr der Friedlichen Revolution wäre es z.B. sinnvoll und zielführend,

geschichtsträchtige Tage des Jahres 1989 zu nutzen, um öffentlichkeitswirksam aktiv zu werden. Vorgeschlagen wurden u.a. das Datum der Wahlfälschung der Volkskammerwahl, der Jahrestag des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking und der Tag der Besetzung der Stasi-Zentrale in Rostock.

Eine weitere mögliche Aktivität wäre die Einladung von Liedermachern oder Schriftstellern zu einer gemeinsamen Veranstaltung mit der VOS nach Rostock. Als erstes konkretes Vorhaben wurde die Teilnahme von Mitgliedern der VOS Mecklenburg-Vorpommern an der Diskussionsrunde „Kunstpolitik in der DDR, Willi Sitte als Künstler und Funktionär“ am 21. Februar 2019 in der Kunsthalle Rostock vereinbart, bei der auch Mrotzek als Referent eingeladen ist.

„1989 war unsere Sternstunde – das gesamte Volk vereinte sich gegen Stasi und SED. Laßt uns 2019 als Jahr eines neuen Aufbruchs gestalten!“ – mit diesen Worten beendete Mrotzek die Zusammenkunft. Diese Aufforderung zu einem neuen Aufbruch möchte die VOS auch ausdrücklich an alle Leser des „Stacheldrahtes“ richten.

Jörg Plath

Bedarf an Beratung ist ungebrochen

(pt) Fast 30 Jahre nach der Entmachtung des SED-Regimes in der DDR leiden nach wie vor Menschen unter den Folgen politischer Haft, beruflicher Benachteiligung und staatlicher Willkür. „Tausende Menschen beantragen jährlich immer noch Rehabilitation und Entschädigung. Die Gründe, warum erst jetzt diese Anträge gestellt werden, sind sehr verschieden. Viele Betroffene ringen lange mit sich, weil sie schmerzliche Erinnerungen fürchten. Andere warten bis zum Eintritt ins Rentenalter. Den Menschen muß die Zeit gegeben werden, die sie benötigen. Die zum Jahresende 2019 auslaufenden Antragsfristen der Rehabilitierungsgesetze sollten ersatzlos gestrichen werden, um Betroffenen den Zeitdruck zu nehmen“, sagte Anne Drescher, Landesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen von Mecklenburg-Vorpommern auf ihrer Jahrespressekonferenz am 15. Februar 2019 in Schwerin.

Der Beratungsbedarf ist hoch. 1.152 Ratsuchende haben sich allein im letzten Jahr an die Behörde gewandt. Neben politischen Häftlingen sind das ehemalige DDR-Heimkinder, Sportler und Menschen mit Klärungsbedarf zu ihrem Schicksal oder dem Schicksal von Angehörigen. Für die Stiftung „Anerkennung und Hilfe“ meldeten sich 2018 in der Anlauf- und Beratungsstelle bei der Landesbeauftragten 318 Betroffene, die in der DDR als Minderjährige in psychiatrischen und Behinderteneinrichtungen untergebracht waren.

„Der Bedarf an Beratung und Unterstützung in diesen Fragen ist ungebrochen. Die Fälle aber werden komplizierter, weil z.B. eine politisch motivierte berufliche Benachteiligung schwerer zu belegen ist als eine Verurteilung wegen sogenannter Republikflucht. Wir sehen täglich, wie wichtig den Betroffenen die Aufarbeitung ist. Die Beratung muß daher gestärkt werden. Eine gelungene Aufarbeitung trägt auch zur Befriedung der Gesellschaft bei und stärkt das Vertrauen in die freiheitlich-demokratische Grundordnung“, betonte Anne Drescher.

Mit aktualisiertem Auftrag und neuer Bezeichnung geht die Behörde künftig als Landesbeauftragte für die Aufarbeitung der SED-Diktatur in das Jubiläumsjahr der Friedlichen Revolution.

Kindheit ohne Namen

(st) Auf großes Interesse stieß auf der Geschichtsmesse in Suhl vom 24. bis 26. Januar 2019 der Dokumentarfilm „Kindheit ohne Namen“ von Hans-Dieter Rutsch. Der 30minütige Film, der sich besonders für Schüler eignet, beschreibt eindrücklich die Schicksale jener Kinder, die in Speziallagern der SBZ und DDR-Gefängnissen geboren wurden. Sie bekamen nach der Geburt keine Namen, weil sie nicht registriert wurden und somit eigentlich nicht existierten.

Der Film entstand im Auftrag des Bautzen-Komitees und mit Förderung des Sächsischen Landtages. Demnächst wird es auch Begleitmaterial zum Film geben.

Wer an einem Download interessiert ist, kann sich an Havel-Film Babelsberg, Hans-Dieter Rutsch, HansdieterRutsch@havel-film.de, oder an Alexander Latotzky, alex-latotzky@bautzen-komitee.de, wenden.

Bürgerberatung im Land Brandenburg

(lakd) Die Beauftragte des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur berät in Kooperation mit der Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes Bürgerinnen und Bürger zu Fragen der Einsichtnahme in die Stasi-Unterlagen sowie von SED-Unrecht Betroffene zu ihren Rechten.

Donnerstag, **14. März 2019**, 14.00–17.00 Uhr: Stadtverwaltung **Nauen**, Rathausplatz 1, 14641 Nauen

Dienstag, **19. März 2019**, 14.00–17.00 Uhr: Stadtverwaltung **Lauchhammer**, Liebenwerdaer Str. 69, 01979 Lauchhammer

„Wie erinnern?“

Zum Umgang mit dem SED-Unrecht 30 Jahre nach der Friedlichen Revolution

30. Bautzen-Forum vom 9. bis 10. Mai 2019 in Bautzen, Gemeindehaus der Evangelisch-Lutherischen Kirchgemeinde St. Petri, Am Stadtwall 12 (Achtung: neuer Tagungsort!)

Donnerstag, 9. Mai 2019

10.00 Uhr: Eröffnung und Grußworte
Matthias Eisel, Friedrich-Ebert-Stiftung, Leiter des Landesbüros Sachsen, Alexander Latotzky, Vorsitzender des Bautzen-Komitees e.V.,
Hanka Kliese, Mitglied des Sächsischen Landtages, Chemnitz, Alexander Ahrens, Oberbürgermeister der Stadt Bautzen

10.45 Uhr: Wozu erinnern?

Vortrag und Diskussion

Frank Richter, Theologe und Bürgerrechtler
anschl. Rückfragen und Diskussion

12.15 Uhr: Mittagessen

13.15 Uhr: 30 Jahre Aufarbeitung der SED-Diktatur. Wie weiter?
Podiumsgespräch

Roland Jahn, Bundesbeauftragter für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, Dr. Anna Kaminsky, Geschäftsführerin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Dr. Jürgen Reiche, Direktor Zeitgeschichtliches Forum Leipzig, Moderation Robert Burdy, Journalist, MDR-Aktuell

15.15 Uhr: Kaffeepause

15.45 Uhr: Vorträge

Die DDR-Geschichte in der Schule, Dr. Norbert Hanisch, Politikwissenschaftler, Dresden

Rechtliche Aufarbeitung der SED-Diktatur. Bilanz und weitere Aufgaben, Anne Drescher, Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Mecklenburg-Vorpommern

anschl. Rückfragen und Diskussion

17.30 Uhr: Ende des ersten Forumstages
Anschließend Einladung zum Imbiß und zur Sonderveranstaltung in der Gedenkstätte Bautzen, Weigangstraße 8a

19.00 Uhr: Wie erinnern? – Poetry Slam in der Gedenkstätte

Freitag, 10. Mai 2019

9.00 Uhr: Vermittlung von politischer Verfolgung und Zeitzeugenarbeit in Gedenkstätten, Podium

Dr. Susan Baumgartl, Leiterin der Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn, Silke Klewin, Leiterin der Gedenkstätte Bautzen, Thomas Raufeisen, Zeitzeuge, Führungen in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, Dr. Jochen Voit, Leiter der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße in Erfurt, Moderation Stefan Nölke, Journalist, MDR-Kultur

10.30 Uhr: Kaffeepause

11.00 Uhr: Phantomschmerz DDR?

Bürgergesellschaft und Demokratieverständnis in Ostdeutschland heute, Podium

Hanka Kliese, Mitglied des Sächsischen Landtages, Chemnitz, Stephan Hilsberg, Staatssekretär a.D., Mitgründer der SDP (SPD) 1989 in der DDR, Prof. Dr. Raj Kollmorgen, Soziologe, Hochschule Zittau/Görlitz, Lukas Rietzschel, Autor des Buches „Mit der Faust in die Welt schlagen“, Moderation Robert Burdy, Journalist, MDR-Aktuell

13.00 Uhr: Ende des Forums

Verbindliche Anmeldung bis zum 7. Mai 2019: Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Sachsen, Tel. (03 41) 960 24 31

Bautzen-Treffen 2019

Das Bautzen-Komitee lädt am **8. Mai 2019**, dem Vortag des Bautzen-Forums 2019, zu einer Gedenkveranstaltung ein. Ort ist in diesem Jahr erstmals das Gemeindehaus in Bautzen, Am Stadtwall 12.

Wir beginnen um 13.00 Uhr mit einem geselligen Beisammensein. Wer in diesem Jahr Referent eines Vortrags sein wird und zu welchem spannenden Thema, steht noch nicht fest.

Ab 16.00 Uhr ist dann die Abfahrt zum Karnickelberg, wo in der Kapelle um 16.30 Uhr eine ökumenische Andacht mit anschließender Kranzniederlegung auf dem Gräberfeld stattfindet. Dabei wollen wir unserer verstorbenen Kameraden gedenken.

Wir freuen uns über ein zahlreiches Erscheinen.

Alex Latotzky

Einblick ins Geheime

Ausstellung zum Stasi-Unterlagen-Archiv

(bstu) 111 Kilometer voller Akten, mehr als 1,8 Millionen Fotografien sowie rund 30 000 Film- und Tondokumente – die Dimension des Stasi-Unterlagen-Archivs ist enorm. Die Ausstellung vermittelt, wie und warum das MfS die Unterlagen anlegte und wie der BStU sie heute der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt.

Die Karteien zählen zu den wichtigsten schriftlichen Überlieferungen der Stasi. Es sind etwa 41 Millionen Karteikarten erhalten, die nach wie vor ein wichtiger Schlüssel zu den Informationen in den Akten sind.

Zur Gesamtüberlieferung im Archiv gehören nicht nur die von der Stasi bereits

archivierten Akten, sondern auch diejenigen Unterlagen, die 1989 und 1990 noch aktiv bearbeitet wurden. Bis hin zur Auflösung der Staatssicherheit im März 1990 überwachten Stasi-Mitarbeiter die gesellschaftliche Entwicklung und arbeiteten an noch nicht abgeschlossenen Vorgängen weiter. Um das Ausmaß der jahrzehntelangen Bespitzelung zu verschleiern, zerstörte das MfS auch Dokumente.

Wie die Geheimpolizei Andersdenkende verfolgte und unterdrückte, ist in den „begehbaren Akten“ dieser Ausstellung am Beispiel Gilbert Radulovics zu erfahren.

Kontakt und Buchung von Ausstellungsbegleitungen: Tel. (030) 23 24 66 99, E-Mail besuch@bstu-bund.de, www.bstu.de

Ort: Ehemalige Stasi-Zentrale, Ruschestr. 103, Haus 7, 10365 Berlin-Lichtenberg; geöffnet Mo–Fr 10.00–18.00 Uhr, Sa/So 11.00–18.00 Uhr



Foto: N. Radlitz

Moderne Ausstellungsarchitektur.

Bundesstiftung Aufarbeitung legt Förderprogramm auf

(bst) Mit einer Sonderförderung unterstützt die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur bundesweit Veranstaltungen zu 30 Jahren Friedliche Revolution in der DDR und den Umbrüchen in Ostmitteleuropa. **Bis zum 1. April 2019** können bei der Bundesstiftung hierzu Fördermittel beantragt werden. Damit sollen Gedenkstätten, Museen, Initiativen sowie Einrichtungen der Bildungsarbeit und Wissenschaft unterstützt werden, öffentliche Foren für die Auseinandersetzung mit diesen zentralen Ereignissen der deutschen Freiheitsgeschichte zu schaffen.

Die Bandbreite kann von öffentlichen Diskussionen und Zeitzeugengesprächen über Filmvorführungen, Tagungen und Konferenzen bis hin zu Buchvorstellungen, Lehrerfortbildungen und Ausstellungseröffnungen reichen. Er-

möglicht wurde das Förderprogramm durch zusätzliche Mittel des Deutschen Bundestags.

Der inhaltliche Schwerpunkt soll auf Vorhaben liegen, die die Friedliche Revolution in der DDR in die langfristigen Entwicklungen von Demokratie und Diktatur einordnen und auch die anschließende Transformationszeit nach 1989 in den Blick nehmen. Besonders gefragt sind zudem Projekte, die eine international vergleichende Perspektive einnehmen. Die geförderten Veranstaltungen müssen im zweiten Halbjahr 2019 realisiert werden.

Weitere Informationen zum Sonderförderprogramm „30 Jahre Friedliche Revolution und ihre Folgen“ unter www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/sonderfoerderung2019

Förderprogramm „Revolution und Demokratie“

(sla) Der Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Lutz Rathenow, begrüßt das von der Sächsischen Staatskanzlei aufgelegte Förderprogramm „Revolution und Demokratie“, das den 30. Jahrestag der Friedlichen Revolution und die Gründung des Freistaates Sachsen vor 100 Jahren würdigt. Das Förderprogramm unterstützt Projekte, die an die revolutionären Ereignisse erinnern und den Aufbau der Demokratie vor hundert beziehungsweise dreißig Jahren in den Blick rücken und vergegenwärtigen. Dabei interessieren nicht nur historische Schlaglichter in den sächsischen Metropolen, sondern auch kleinere Ereignisse in den Regionen.

Lutz Rathenow ermutigt deshalb vor allem kleinere Initiativen im gesamten Freistaat, sich um eine Förderung zu bemühen: „Die Friedliche Revolution war eine Gesamtleistung vieler Gruppen und einzelner Menschen an ganz unterschiedlichen Orten, die wie in einem Mosaik als Teile des Ganzen wirkten. Diesen vielstimmigen Aufbruch in all seinen Facetten näher bekannt und für die Gegenwart nutzbar zu machen, ist ein wichtiges Vorhaben der demokratischen Selbstver-

gewisserung. Daran könnten sich auch Schulen beteiligen. Die Beschäftigung mit der Vergangenheit kann jüngeren Menschen auch aufzeigen, daß es nicht selbstverständlich ist, in Freiheit zu leben und demokratische Grundrechte zu genießen.“

Der Förderzeitraum erstreckt sich über zwei Jahre: Für 2019 sind eine Million Euro vorgesehen, für 2020 stehen insgesamt 600.000 Euro zur Verfügung. Anträge können seit dem 1. Februar 2019 bei der Sächsischen Aufbaubank (SAB) gestellt werden. Auf der Homepage <https://www.sab.sachsen.de> befinden sich die Förderrichtlinie „Revolution und Demokratie“, die Auskunft über Förderschwerpunkte, Antragsfristen und Bewilligungsmodalitäten gibt sowie die dazugehörigen Antragsunterlagen. Die Auswahl, welche Projekte gefördert werden, trifft ein Expertenbeirat. Bei inhaltlichen Fragen zum Fördergegenstand helfen Henry Krause (0351 564-1361) und Rico Nakoinz (0351 564-1296) von der Sächsischen Staatskanzlei gern weiter. Von Seiten der SAB steht Frank Fiedler (0351 4910-4242) für Fragen zur Verfügung.

Andacht und Chorkonzert

Zur Erinnerung an den Gefangenenaufstand von 1950 in Bautzen

Ein gemeinsamer Gedenkgottesdienst der Evangelisch-Lutherischen Kirchgemeinde St. Petri und des Bautzen-Komitees erinnert an den Aufstand der Häftlinge des Bautzener „Gelben Elends“ vor 69 Jahren. Zur Andacht findet ein Chorkonzert mit dem Polizeichor Berlin statt.

Er ist einer der ältesten Männerchöre Berlins und Mitglied in mehreren Chorverbänden. Die Sänger des Chores sind nicht nur Polizeibeamte, sondern Männer jeglicher beruflicher Herkunft. Schirmherr des Chores ist der Polizeipräsident in Berlin.

Am 31. März 1950 wurde der erste und größte Häftlingsaufstand in der DDR brutal niedergeschlagen. Viele der gegen die unmenschlichen Haftbedingungen im Bautzener „Gelben Elend“ aufbegehrenden Gefangenen wurden schwer verletzt. Im Laufe der Jahrzehnte geriet der Aufstand in Vergessenheit, die Geschichte des Lagers und Gefängnisses war in der DDR ein Tabu.

31. März 2019, 10.30 Uhr, Dom St. Petri zu Bautzen, Fleischmarkt, 02625 Bautzen

Von Freiheit und Unfreiheit

(st) Seit dem 15. Februar ist die Ausstellung „Bilder von Freiheit und Unfreiheit“ mit Bildern und Zeichnungen des Künstlers und ehemaligen politischen Häftlings Gino Kuhn anlässlich des 30. Jahrestages der Friedlichen Revolution im Bürgerbüro von Dr. Clara West, Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlin, zu sehen.

Die Ausstellung läuft noch bis zum 29. März. Zur Finissage am 20. März, 19.00 Uhr, wird Dr. Karl-Heinz Bomberg aus seinem Buch „Heilende Wunden“ lesen und eigene Lieder vortragen.

Ort: Bürgerbüro Dr. Clara West, Naugarder Str. 43, 10409 Berlin

Öffnungszeiten: Mo, Di, Mi und Fr von 10.00 bis 14.00 Uhr, Do von 14.00 bis 18 Uhr

Beratungstage 2019 in Niedersachsen

Auch gut ein Vierteljahrhundert nach dem Mauerfall und der Deutschen Wiedervereinigung leben in Niedersachsen noch zahlreiche Opfer des SED-Regimes. Um möglichst viele Betroffene ortsnahe über bestehende Hilfs- und Leistungsangebote zu informieren, organisiert das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport – Referat 46 – alljährlich Beratungstage vor Ort.

Die Beratungen werden von fachkompetenten Vertretern der Opferverbände und des Niedersächsischen Netzwerks für SED- und Stasiopfer sowie Fachleuten aus Sachsen-Anhalt unterstützt. Einige der Berater waren selbst Opfer der Diktatur in der DDR.

Die diesjährigen Beratungstage werden stattfinden am:

• **Dienstag, 14. Mai 2019,**

10.00 bis 15.00 Uhr

Landkreis Osnabrück, Kreishaus, Raum 2097, Am Schölerberg 1, 49082 Osnabrück

• **Dienstag, 17. September 2019,**

11.00 bis 16.00 Uhr

Stadt Wolfsburg, Rathaus, Raum B164, Porschestraße 49, 38448 Wolfsburg

Das Beratungsangebot richtet sich an Menschen, die bis heute in vielfältiger Weise unter verübtem Unrecht durch den SED-Staat leiden, insbesondere an:

- zu Unrecht Inhaftierte

- Betroffene von Zersetzungsmaßnahmen des Staatssicherheitsdienstes
- Personen, die Repressalien in Beruf oder Ausbildung ausgesetzt waren
- Betroffene, die Eingriffe in Eigentum und Vermögen erlitten
- Verschleppte und deren Angehörige sowie Hinterbliebene und Angehörige von Opfern
- Personen, die nach Akteneinsicht eine Retraumatisierung erlitten
- Angehörige von offiziellen und inoffiziellen Mitarbeitern des MfS

Es können Anträge auf Einsicht in die Stasi-Akten gestellt werden. Hierzu ist der Personalausweis vorzulegen.

Weiterhin erfolgt eine Beratung zu:

- Anträgen nach den SED-Unrechtsbereinigungsgesetzen (strafrechtliche, verwaltungsrechtliche, berufliche Rehabilitation)
- monatlicher Zuwendung („Opferrente“)
- Kinderheimen
- Anträgen nach sowjetischer Inhaftierung/Internierung

Telefonische Rückfragen sind an den jeweiligen Beratungstagen während der vorgenannten Sprechzeiten unter den Telefonnummern (05 41) 501–20 97 (Landkreis Osnabrück) und (053 61) 28-29 82 (Stadt Wolfsburg) möglich.

Das Beratungsangebot kann ohne Voranmeldung genutzt werden. Die Räume sind barrierefrei erreichbar.

Hintergrundinformationen

Zur Minderung der Folgen von SED-Unrecht hat der Deutsche Bundestag drei Rehabilitierungsgesetze beschlossen, die sich auf die strafrechtliche, verwaltungsrechtliche und berufliche Rehabilitierung ehemaliger DDR-Bürger beziehen:

Die strafrechtliche Rehabilitierung ist für Betroffene möglich, wenn sie aufgrund politischer Verfolgung oder sachfremder Zwecke verurteilt oder außerhalb einer gerichtlichen beziehungsweise behördlichen Anordnung inhaftiert wurden. Ab 180 Tagen Haftzeit gibt es eine einkommensabhängige Zuwendung für Haftopfer. Diese „Opferrente“ kann seit 1. Januar 2015 bis zu 300 Euro monatlich betragen.

Zudem besteht ein Anspruch auf eine berufliche Rehabilitierung, wenn beispielsweise aus politischen Gründen ein Arbeits- oder Studienplatz verloren ging bzw. verwehrt wurde und dies Nachteile für die Rentenversicherung zur Folge hat.

Die verwaltungsrechtliche Rehabilitierung ist möglich bei Verwaltungsunrecht, z.B. mit gesundheitlichen Folgeschäden.

Unter bestimmten Voraussetzungen kann im Rahmen der Rehabilitierung eine monatliche Ausgleichszahlung in Höhe von bis zu 214 Euro erfolgen, für Rentner von 153 Euro.

Information des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport

Abschied

Am 30. Januar 2019 verstarb im Alter von 87 Jahren unser Kamerad Helmut Tisch.

Helmut wurde in Altenburg/Thüringen geboren. Die Schulzeit verbrachte er in Meuselwitz – und hier gehörte er zu einer kleinen Widerstandsgruppe von Jugendlichen. 1952 wurde Helmut zusammen mit fünf weiteren Gruppenmitgliedern verhaftet und nach drei Monaten Untersuchungshaft im KGB-Gefängnis Leistikowstraße Potsdam zu 25 Jahren Straflag verurteilt.

Die Haft verbüßte er in Workuta, im Schacht Nr. 7 als Arbeiter untertage. Im Dezember 1954 wurde Helmut, zusammen

mit anderen deutschen Häftlingen, nach Suchobeswodnoje verlegt und von dort in die DDR entlassen.

Hier forderte er zusammen mit einigen anderen Rückkehrern die sofortige Weiterleitung in die Bundesrepublik. Nach einem mehrstündigen Nervenkrieg mit Organen der DDR wurde der Forderung schließlich stattgegeben und die Gruppe durfte nach Friedland ausreisen. Helmut wählte Hamburg als neue Heimat.

Er machte in einem großen Elektrokonzern eine Ausbildung als Elektrotechniker. Im Laufe seines Arbeitslebens war er weltweit zur Montage und Wartung von Elektroaggregaten unterwegs. 1996 wurde er durch die Generalstaatsanwaltschaft der russischen Föderation rehabilitiert.



Helmut Tisch.

Nach langer Krankheit, die mit vielen Schmerzen verbunden war, ist Helmut im Krankenhaus eingeschlafen. Mit seiner Frau und seinen beiden Kindern trauern um ihn seine Freunde, mit denen er bis zuletzt engen Kontakt hatte.

Frieder Wirth

Unterleuten

So heißt ein kleines fiktives Dorf in der Prignitz im Land Brandenburg, und man ist wahrlich „unter Leuten“ in dem gleichnamigen Roman von Juli Zeh. Allein zwölf Protagonisten bevölkern die Szene, von den Nebenfiguren ganz zu schweigen. Ein idyllisches Dorf, weit abgelegen von der Großstadtheftik, wird bewohnt von mehr oder weniger kauzigen Gestalten, alteingesessenen und zugezogenen. Die Dorfbewohner leben zum großen Teil in einem Tauschhandelsverhältnis.

Der ehemalige Soziologieprofessor Gerhard Fließ und seine junge Frau Jule sind zugezogen. Sie ist völlig auf die gemeinsame sechs Monate alte Tochter fixiert, während er beim Vogelschutzbund arbeitet und

rigoros versucht, den Umweltschutz durchzusetzen. Zum Beispiel bei Linda Franzen, die Gebäude auf ihrem Grund und Boden zu Pferdeställen umbauen will. Der alteingesessene Bodo Schaller wiederum verbrennt auf dem Nachbargrundstück von Fließ – zunächst unerklärlicherweise – alte Autoreifen.

Auf einer von Bürgermeister Arne Seidel einberufenen Versammlung erfahren die Bewohner von den

Plänen einer Investorenfirma, einen Windpark unmittelbar neben dem Dorf zu errichten. Und schon ist die Gemeinschaft gespalten. Fließ ist aus Vogelschutzgründen dagegen, es gilt, den seltenen Kampfläufer zu bewahren. Rudolf Gombrowski, die graue Eminenz des Dorfes, der einst LPG-Vorsitzender war und nach der Wiedervereinigung Geschäftsführer des größten Arbeitgebers im Dorf, einer landwirtschaftlichen GmbH wurde, besitzt kein zusammenhängendes Stück Land zur Errichtung eines Windparks, auch sein Erzfeind Kron nicht, beide aber sind brennend daran interessiert.

Der Streit sorgt dafür, daß alte Verletzungen aufbrechen, frühere Verbrechen zu neuen führen. Egoismus, Aggression und Mißgunst breiten sich wie eine Seu-

che aus und die Idylle des Landlebens weicht einem Netz aus Intrigen und Verdächtigungen. Das groteske Ende, soviel sei gesagt, ist Katharsis und Menetekel zugleich.

Unterleuten könnte einerseits auch ein Ort im Westen sein: Abwanderung und Zuzug, Konflikte durch Großprojekte und strikten Umweltschutz, finanzielle Probleme in der Landwirtschaft. Andererseits bilden die Unterleutener eine Dorfgemeinschaft, die das Ergebnis einer langfristigen Transformation von LPG zu GmbH, von DDR- zu bundesdeutschen Verhältnissen ist. Die Feindschaft zwischen Kron und Gombrowski beispielsweise speist sich aus einem alten Unrecht, daß Kron dem anderen zufügte. Gombrowskis Vater, ein vermöglicher Bauer, wollte sich nicht in die LPG zwingen lassen, und Kron, aus mittelloser Familie, beteiligte sich führend an den gewaltsamen Ausschreitungen gegen Haus und Hof der Gombrowskis.

Auch am Ende der DDR schwelt mancher Streit weiter: „Von denen, die fortgingen, hieß es bald, sie hätten für die Stasi gearbeitet, und mit einemmal wohnten selbsternannte Opfer in den verlassenen Häusern. Wer sich enteignet fühlte, nahm sich etwas anderes zur Entschädigung und erzählte über jenen, dem es gehörte, die schlimmsten Geschichten.“

Der dörfliche Weltuntergang allerdings hat nach Ansicht Krons, des Kommunisten, bereits mehrmals stattgefunden. Das waren die Bomben des Zweiten Weltkriegs, die Rotarmisten während des Vormarsches auf die Hauptstadt Berlin, die Ankunft der Vertriebenen aus den damaligen deutschen Ostgebieten, die Errichtung der Mauer und schließlich ihr Fall.

Die besondere Spannung in diesem von so vielen Gestalten besiedelten Roman speist sich aus einem strukturellen Prinzip. Jedes Kapitel wird aus der Perspektive einer anderen Hauptfigur erzählt. Das klingt verwirrend, ist es aber nicht. Auf diese Weise enthüllen sich die Geschehnisse nach und nach in ihrer ganzen Komplexität. Dem Leser werden mit jeder neuen Sicht auf die Dinge Gewißheiten genommen, in denen er sich gerade eingerichtet hat. Die scheinbar Bösen sind so böse nicht, die Guten offenbaren bedenkliche Seiten. Kapitel für Kapitel

werden die fragilen Wahrheiten der einzelnen Personen bloßgelegt, und es zeigt sich, daß es eine objektive Wahrheit gar nicht gibt, sondern nur die Annahmen des einen über den anderen.

Was den Zerfall überdauert, läßt sich in den meisten Fällen auf Formen des Besitzes reduzieren. Besitz von Land, von Macht, von Geld, von Zukunft und auch von menschlichen Beziehungen. „Kron fühlte sich gut. Er war jetzt kein Kommunist mehr. Sondern ein Sisyphos, der verstanden hatte, daß die Lösung des Problems darin bestand, den Berg zu kaufen.“

Trotz des Umfangs von über 650 Seiten liest sich das Buch sehr flüssig, denn die langsam zunehmende Spannung zieht den Leser unaufhörlich in die Handlung hinein. Anfänglichen Irritationen darüber, welcher Name wem zuzuordnen ist, wird entgegengewirkt durch ein Verzeichnis aller Personen am Ende des Bandes, in dem stichwortartige Informationen über Herkunft bzw. Beziehungen zu finden sind. Ein zweites Lesezeichen ist also sinnvoll. Wen es nicht schreckt, mit einer Geschichte ländlicher Idylle zu beginnen, die sich in ein Horrorszenario menschlicher Abgründe wandelt, der ist hier genau richtig.

Autorin Juli Zeh ist nicht nur auf Schöngestisches spezialisiert. Am 12. Dezember 2018 wurde die studierte Juristin vom Brandenburgischen Landtag auf Vorschlag der SPD-Fraktion zur ehrenamtlichen Richterinnen am Verfassungsgericht des Landes Brandenburg gewählt und am 30. Januar 2019 im Brandenburger Landtag vereidigt.

Friedrich Rudolph



Juli Zeh: *Unterleuten*, Roman, btb Verlag 2017, 656 S., 12,- €

Berichtigung

In der Buchvorstellung „In bewegten Zeiten“, Aug. 1/2019, S. 18, ist eine Zahl fehlerhaft angegeben. Von den 12 000 Häftlingen in Mühlberg waren nicht „knapp 4580“ arbeitsfähig (diese Zahl bezog sich auf die Gesamtzahl aller Speziallager in der Sowjetischen Besatzungszone), sondern nur 902.

Die Redaktion

Veranstaltungen

14.3. (Do), 19.00 Uhr:

„Die Mauer ist uns auf den Kopf gefallen“. Filmvorführung, Dokumentarfilm, u. Gespräch mit Diane Izabiliza, Regisseurin, u. Dr. Jacob Langford; Veranstaltung d. Stiftung Berliner Mauer; Ort: Gedenkstätte Berliner Mauer, Besucherzentrum, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

19.3. (Di), 18.00 Uhr:

Via Knast in den Westen. Das Kaßberggefängnis und seine Geschichte, Dr. Nancy Aris, stellv. Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung d. SED-Diktatur, referiert zu dem von ihr und Clemens Heitmann herausgegebenen Buch; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

19.3. (Di), 19.00 Uhr:

Am Rand der Welt, Buchvorstellung u. Gespräch mit Gerhard Sälter u. Manfred Wichmann, Stiftung Berliner Mauer; Veranstaltung d. Stiftung Berliner Mauer u.a.; Ort: DDR-Museum, Besucherzentrum, Sankt-Wolfgang-Str. 2, 10178 Berlin

19.3. (Di) – 20.3. (Mi):

Konferenz **„1989–2019: Die Revolutionen in der DDR und in Ostmitteleuropa – globale Entwicklungen und Perspektiven“;** Veranstaltung d. Deutschen Gesellschaft e.V. u.a.; Ort: Landesvertretung Sachsen-Anhalt beim Bund, Luisenstr. 18, 10117 Berlin; Anmeldung unter heike.tuchscheerer@deutsche-gesellschaft-ev.de od. Tel. (030) 88 412-254

20.3. (Mi), 19.00 Uhr:

Finissage der Ausstellung „Bilder von Freiheit und Unfreiheit“, Bilder und Zeichnungen von Gino Kuhn, mit Lesung und Liedern von Dr. Karl-Heinz Bomberg; Ort: Bürgerbüro v. Dr. Clara West, Naugarder Str. 43, 10409 Berlin

21.3. (Do), 12.00 Uhr:

Zwischen Zweifel und Akzeptanz. Frühverstarbene Kinder, Kindstode, -entzug und Adoptionen in der DDR, Buchpräsentation, Kurzfilm u. Gespräch, Mod. Anne Drescher, Landesbeauftragte f. d. Stasi-Unterlagen M-V; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig u.a. in der Reihe „Leipzig liest“; Ort: Museum in der „Runden Ecke“, ehem. Stasi-Kinosaal, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

Scharfe Kritik an der Oktoberrevolution

Rosa-Luxemburg-Forscherin gestorben

Am 10. Dezember 2018 verstarb in Ostberlin die Rosa-Luxemburg-Biographin und Mitherausgeberin der fünfbandigen Werkausgabe Annelies Laschitzka. Geboren am 6. Februar 1934 in Leipzig, legte sie 1954 an der Arbeiter- und Bauernfakultät das Abitur ab und studierte 1954/58 Geschichte an der Karl-Marx-Universität. Von 1960 bis 1990 war sie Mitarbeiterin der Abteilung Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, wo sie seit 1971 als Geschichtspräsidentin arbeitete. Ihre Rosa-Luxemburg-Biographie erschien 1996 unter dem Titel „Im Lebensrausch, trotz alledem“. Über Karl Liebknecht (1871–1919), den Mitkämpfer von Rosa Luxemburg (1871–1919), veröffentlichte sie 2007 das Buch „Die Liebknechts. Karl und Sophie. Politik und Familie“.

Zu Ehren beider Kommunisten, die am 15. Januar 1919 in Berlin umgebracht worden waren, veranstalteten die DDR-Kommunisten seit dem 13. Januar 1946 jedes Jahr die „Liebknecht-Luxemburg-Demonstration“ zur Gedenkstätte der Sozialisten auf dem Zentralfriedhof in Berlin-Friedrichsfelde, zuletzt am 13. Januar 2019. Doch trotz aller Wertschätzung ihrer Schriften, die als „Gesammelte Werke“ in fünf Bän-

den 1970/75 im Ostberliner Dietz-Verlag erschienen, blieb Luxemburgs leninkritische Schrift „Zur russischen Revolution“ (1922) drei Jahrzehnte lang ungedruckt. Der Grund dafür war ihre scharfe Kritik am russischen Revolutionsführer Lenin (1870–1924). Erst im vierten Band der Werke ist diese Schrift dann veröffentlicht worden, ohne daß der kommunistische Himmel eingestürzt wäre!

Ich erinnere mich an eine Szene im Sommer 1964 im Kultursaal des Zuchthauses Waldheim, wo ein SED-Funktionär, um unsere „Umerziehung“ zu befördern, über die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung gesprochen hatte. In der Diskussion danach meldete sich unser Leipziger Mithäftling Walter Stricker und fragte, warum die Schrift Rosa Luxemburgs über die russische Revolution in der DDR verboten wäre. Noch ehe der Referent antworten konnte, ging der „Kulturhauptmann“ der Volkspolizei ans Podium und schrie mit erregter Stimme, diese Schrift wäre eben unwissenschaftlich und von Lenin widerlegt. Daß der ganze Marxismus-Leninismus unwissenschaftlich ist und nichts als politischer Aberglaube, das wagte damals keiner von uns zu sagen.

Jörg Bernhard Bilke

Menschenrechte in der Diktatur

(VT) Das Buch analysiert die Rolle und Wirkung des ostdeutschen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) im Zusammenhang mit dem nach der Unterzeichnung der Schlußakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) entfachten diplomatischen Prozeß (KSZE-Prozeß) in Europa und bei dem Versuch der Eindämmung von dessen nachfolgenden Auswirkungen in den Bereichen der Menschenrechte und der menschlichen Kontakte auf die DDR und Osteuropa. Auf der einen Seite unterstützte die MfS-Führung die harte Linie der Partei- und Staatsführung der DDR im KSZE-Prozeß, auch gegenüber Moskau. Auf der anderen Seite aber unterstützte das MfS weitgehend die Forderungen Moskaus gegenüber der SED-Führung zur Abgrenzung der DDR von der Bundesrepublik.

Der Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, agierte normalerweise als Verfechter einer möglichst harten Linie gegenüber der Bundesrepublik innerhalb und außerhalb des KSZE-Prozesses, ob als Vertreter der Interessen der Partei- und Staatsführung der DDR gegenüber Moskau

Douglas Selvage / Walter Süß

Staatssicherheit und KSZE-Prozeß

MfS zwischen SED und KGB (1972–1989)



Douglas Selvage, Walter Süß: Staatssicherheit und KSZE-Prozeß. MfS zwischen SED und KGB (1972–1989), Vandenhoeck & Ruprecht 2019, 761 S., 55,- €



oder als Verfechter der sowjetischen Linie in der SED-Führung im Bündnis mit dem sowjetischen „Bruderorgan“, dem KGB.

Die wirtschaftliche Schwäche der Sowjetunion bzw. der DDR, verschärft durch weitere Militärausgaben wegen der Aufrüstung der NATO und insbesondere der USA, führte aber zu Zugeständnissen bei der Regimes innerhalb und außerhalb des KSZE-Prozesses, die die Repressionsmöglichkeiten des MfS gegenüber ostdeut-

schen Oppositionellen bzw. der – nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte entstandenen – Ausreisebewegung erheblich einschränkten.

Am Ende konnte das MfS als „Diener zweier Herren“ – die SED-Führung und die Sowjetunion, vertreten durch den KGB – die innenpolitischen Auswirkungen des KSZE-Prozesses wegen der Zugeständnisse seiner beiden Herren an den Westen nicht mehr unter Kontrolle halten. 

Fenster zur Freiheit

(ab)Wie war das möglich? Mehr als hunderttausend hektographierte Seiten, die in der ganzen DDR verbreitet wurden, ohne daß der Geheimdienst es verhindern konnte. 136 Autoren packten – nicht anonym, sondern unter ihrem Namen – in den radix-blättern Themen an, die in der DDR sonst nicht öffentlich diskutiert werden konnten, Themen, die heute immer noch aktuell sind: Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit, alte

und neue Nazis, das Verhältnis der Deutschen zu Osteuropa, die Mauern im Kopf, die Strukturen von Macht, Herrschaft und Gewalt – und der Wert von Demokratie. In einer versteckten Kammer hinter dem Schlafzimmer der Eltern standen verbotene Druckmaschinen, arbeiteten illegal angestellte Drucker acht bis zehn Stunden am Tag.

Stephan Bickhard und Ludwig Mehlhorn betrieben von 1985 bis 1990 den wohl einzigen unab-

hängigen, illegalen Verlag in der DDR. Ihre Zeitschrift „radix-blätter“ war ein Debattenforum der Opposition. Die Herausgeber verknüpften Kunst, Literatur und Politik.

Die Autoren sprachen offen über die Folgen des Mauerbaus für die DDR-Bürger. Sie gingen schon früh den Fra-

gen von Konföderation und deutscher Einheit in Europa nach und forderten bereits Pfingsten 1988 mit ihrer Schrift „Neues Handeln“ dazu auf, die Wahlen als politischen Showdown mit den Herrschenden in der DDR zu nutzen, eigene Kandidaten aufzustellen und die Stimmauszählung zu kontrollieren – was im Jahre 1989 wesentlich zum Ende der DDR beitrug.

Nun beschreibt ein neues Buch von Peter Wensierski die spannende Geschichte der radix-blätter, ihrer Macher und deren Rolle auf dem Weg zur friedlichen Revolution. Der Autor vermittelt Einblicke in das Leben und Denken von Oppositionellen und schafft es dabei, viele Aspekte oppositioneller Lebenskulturen in den 1980er Jahren zu schildern.

Im Buch wird sehr plastisch herausgearbeitet, wie stark die Opposition der 1980er Jahre und die Herausbildung der Bürgerbewegungen 1989 von „Demokratie jetzt“ bis zu „Bündnis 90“ zusammenhängen. Erzählt wird eine Geschichte vom Wert des zivilbürgerlichen Engagements und der Einmischung junger Leute ins politische Geschehen unter widrigen Bedingungen. „Fenster zur Freiheit“ erzählt von Leuten in der ehemaligen DDR, die für eine gerechte, demokratische und ökologische Zukunft ihrer Gesellschaft eintraten.

In den „radix-blättern“ standen demokratietheoretische Fragen im Vordergrund. Eine offene Diskussion über gesellschaftliche Veränderungen müsse erreicht werden, um eine offene Gesellschaft zu errichten. Die „radix-blätter“ waren im Kontext der Oppositionsliteratur in vielerlei Hinsicht (Herstellung, Layout, Verbreitung, Autoren) bemerkenswert, sie zählten aber vor allem vom Inhalt her zu den politisch reifsten Schrif-



Peter Wensierski: *Fenster zur Freiheit*. Die radix-blätter – Untergrundverlag und Druckerei der DDR-Opposition, Archiv Bürgerbewegung Leipzig (Hg.), Mitteldeutscher Verlag 2019, 240 S., 62 Abb., 20,- €

Veranstaltungen

21.3. (Do), 16.00 Uhr:

Zur Aufarbeitung der Heimerziehung in der DDR. Eine biographische Bestandsaufnahme, v. Benjamin Baumgart, Berenike Feldhoff, Philipp Mützel, Ralf Weber, Buchvorstellung u. Gespräch; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig u.a. in der Reihe „Leipzig liest“; Ort: Museum in der „Runden Ecke“, ehem. Stasi-Kinosaal, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

21.3. (Do), 18.00 Uhr:

Staatssicherheit und KSZE-Prozeß. MfS zwischen SED und KGB (1972–1989), Gespräch mit Dr. Douglas Selva, Dr. Walter Süß, Mod. Dagmar Hovestädt, BStU; Veranstaltung d. BStU u.a. im Rahmen der Reihe „Leipzig liest“; Ort: BStU Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

21.3. (Do), 19.00 Uhr:

Die DDR im Blick der Stasi 1968. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, Gespräch mit Prof. Daniela Munkel, Dr. Bernd Florath, Reinhard Grütze, Mod. Dagmar Hovestädt; Veranstaltung d. BStU u.a. im Rahmen der Reihe „Leipzig liest“; Ort: BStU Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

21.3. (Do), 20.00 Uhr:

Strom für die Republik. Die Stasi und das Kernkraftwerk Greifswald, Gespräch mit Sebastian Stude, Manfred Haferburg, Mod. D. Hovestädt, BStU; Veranstaltung d. BStU u.a. im Rahmen der Reihe „Leipzig liest“; Ort: BStU Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

22.3. (Fr), 20.00 Uhr:

Museen und Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer der kommunistischen Diktatur. v. Anna Kaminsky (Hg.), Buchvorstellung u. Podiumsdiskussion; Veranstaltung d. Bürgerkomitees Leipzig u.a. in der Reihe „Leipzig liest“; Ort: Museum in der „Runden Ecke“, ehem. Stasi-Kinosaal, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

23.3. (Sa), 18.00 Uhr:

Warten auf den Vater. Erinnerungen an Ibrahim Böhme, Lesung mit Dr. Tatjana Böhme-Mehner; Veranstaltung d. BStU Außenstelle Leipzig im Rahmen der Reihe „Leipzig liest“; Ort: Außenstelle Leipzig, Dittrichring 24, 04109 Leipzig

27.3. (Mi), ab 14.00 Uhr:

30 Jahre Ökumenische Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in der DDR; Tagung d. Bundestiftung Aufarbeitung u. der Katholischen Akademie



Berlin; Ort: Katholische Akademie Berlin, Hannoversche Str. 5, 10115 Berlin; Anmeldung mit Kontaktdaten und Personenzahl unter information@katholische-akademie-berlin.de

27.3. (Mi), 19.00 Uhr:

Fußball an der Mauer. Der Friedrich-Ludwig-Jahn-Sportpark, Vortrag u. Diskussion mit Zeitzeugen und Dr. René Wiese, Zentrum deutsche Sportgeschichte; Veranstaltung d. Stiftung Berliner Mauer u.a.; Ort: Gedenkstätte Berliner Mauer, Besucherzentrum, Bernauer Str. 119, 13355 Berlin

31.3. (So), 10.30 Uhr:

Andacht und Chorkonzert zur Erinnerung an den Bautzener Gefangenenaufstand von 1950; Veranstaltung d. Bautzen-Komitees u.a.; Ort: Dom St. Petri zu Bautzen, Fleischmarkt, 02625 Bautzen

2.4. (Di), 18.00 Uhr:

Die Deutsche Volkspolizei von 1945 bis 1990, die zweite deutsche Einheitspolizei im 20. Jahrhundert. Entstehung, Aufgaben und Abwicklung, Vortrag v. Dr. Wieland Niekisch, Leiter d. Zentrums f. Zeitgeschichte der Polizei Brandenburg; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

3.4. (Mi), 18.00 Uhr:

„Diese Zeilen sind mein ganzes Leben...“ Briefe aus dem Gulag, Buchvorstellung, Lesung, Zeitzeugengespräch mit Werner Höpfner, ehem. Gulag-Häftling, Walter Scharfenberg, Zeitzeuge, Dr. Meinhard Stark, Herausgeber der Gulag-Briefe; Veranstaltung d. Bundesstiftung Aufarbeitung u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

9.4. (Di), 18.00 Uhr:

„1989. Das Jahr der Revolutionen“, Diskussionsveranstaltung der Deutschen Gesellschaft e.V. u.a.; Ort: Bundesstiftung Aufarbeitung, Kronenstr. 5, 10117 Berlin

16.4. (Di), 18.00 Uhr:

1197 Tage als Fluchthelfer in DDR-Haft, Dr. Matthias Bath, ehemaliger Fluchthelfer, stellt sein autobiographisches Buch vor; Veranstaltung d. Gedenkbibliothek zu Ehren der Opfer des Kommunismus; Ort: Gedenkbibliothek, Nikolaikirchplatz 5–7, 10178 Berlin

ten. Die Schaffung unabhängiger Informations- und Öffentlichkeitsstrukturen stand im Zentrum des Interesses, nicht die theoretische Erörterung abstrakter Gesellschaftsmodelle.

Die Demokratisierung der Gesellschaft, die Durchsetzung der Menschenrechte und das Ende der führenden Rolle der SED waren die gemeinsamen Ziele. Reise- und Redefreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit, die Bildung eines Mehrparteiensystems, ein demokratisches Wahlsystem, rechtsstaatliche Strukturen und die Gründung neuer Parteien bzw. Gruppen wurden dabei als selbstverständlich angesehen.

Kommunistische Geschichtsbilder wurden kritisiert und hinterfragt. Deutschlandpolitisch dominierten Wünsche nach einer Konföderation der beiden deutschen Staaten. Jeder einzelne Punkt hätte bei seiner Realisierung das Ende der SED-Diktatur bedeutet. Es war das Programm einer demokratischen Revolution.

Aus dem Vorwort von Ilko-Sascha Kowalczyk: „Der Journalist Peter Wensierski hat in diesem Buch die Entstehung einer Zeitschrift der Opposition, der *radix*-blätter, beschrieben – so dicht, packend, mitreißend wie es bisher noch nie geschah. Er vermittelt Einblicke in das Leben und Denken von Oppositionellen – insbesondere von Stephan Bickhardt und Ludwig Mehlhorn – und schafft es dabei, viele Aspekte oppositioneller Lebenskulturen in den 1980er Jahren zu schildern.

Die Akteure aus der Opposition stehen dabei im Mittelpunkt, nicht die Reaktionen des Staates, nicht der SED und ihres Ministeriums für Staatssicherheit. Die *radix*-blätter waren als Reihe singulär, zumal sie im unabhängigen und illegalen *radix*-Verlag hergestellt worden sind. Wensierski arbeitet sehr plastisch heraus, wie stark die Opposition der 1980er Jahre und die Herausbildung der Bürgerbewegungen 1989 zusammenhängen. Die *radix*-blätter, die Forderungen zur Überwindung der Mauer und ‚Demokratie Jetzt‘ 1989 – enger ließe sich die Sehnsucht nach Abschaffung der Diktatur auch von Romanautoren kaum erfinden.“

Das Buch wird am 22. März 2019 um 19.00 Uhr zur Leipziger Buchmesse im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig vorgestellt.

Der BSV Berlin-Brandenburg gratuliert seinen Mitgliedern, die im April Geburtstag haben

Kurt Neumann am 2. April, Margot Franke am 3. April, Manfred Isikli am 4. April, Werner Weiße am 5. April, Horst Kerkow am 7. April, Hans-Jürgen Rief, Manfred Schulze, Holger Streicher am 9. April, Gerhard Gleich am 10. April, Klaus-Jürgen Finke am 11. April, Horst Lüttich am 12. April, Hans Keiling am 13. April, Karl Zschörnig am 22. April, Silvia Stimming am 23. April, Joachim Lauterbach am 24. April, Dieter Genoske am 25. April, Willy Bleschke, Bernd Jugendheimer, Peter Kiethe am 27. April, Helmut Zock am 28. April

Auch allen nicht genannten Lesern, die Geburtstag haben, gratuliert herzlich

die Redaktion

Herzlich danken wir allen, die für den STACHELDRAHT gespendet haben

Gisela Büchner, Eberhard Büttner, Gertraud Engelskircher, Pia Falck, Heike Fegeler, Werner Henning, Günter Hölzer, Ernst Horstmann, Ulf Hutengs, Heiner



UOKG-Beratungsstelle

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Fax (030) 55 77 93 40

Martina Kegel, Juristin
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 53
E-Mail kegel@uokg.de

Carola Schulze, soziale Beratung
Mo–Fr, 14–16 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 52
E-Mail schulze@uokg.de

Katrin Behr (Thema DDR-Zwangsadoption)
Mo–Fr, 10–12 Uhr
Tel. (030) 55 77 93 54
E-Mail behr@uokg.de

Für persönliche Beratungen wird die telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Beratungsstelle des BSV-Fördervereins

Ruschestra. 103, Haus 1, 10365 Berlin
Tel. (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail bsv-beratung@gmx.de

Elke Weise, Juristin
Mi, 12–19 Uhr; Do, 14–16 Uhr

Für persönliche Beratungen wird telefonische Anmeldung empfohlen.

Das Projekt wird gefördert vom Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Kausch, Dr. Eberhard Kempf, Claus Klap-
pert, Otto Klingbiel, Lutz König, Jobst
Kühne, Norbert Langer, Angelika Maedi-
cke, Peter Menzel, Jürgen Müller, Günter
Müller-Hellwig, Sieglinde u. Horst Opitz,
Thomas Rademacher, Jürgen Ritthaler,
Hans Rocke, Lothar Rühl, Wolfgang Rul-
lik, Prof. Dr. Franz-Viktor Salomon-vom
Stein, Axel Schonder, Renate u. Siegfried
Schöne, Anneliese Schubert, Fritz Schüler,
Norbert Sommer, Wilfried Spoddig, Sigrid
Strelow, Karl-Heinz Ulrich, Helge Viereck,
Kerstin Walther, Herbert Winter

Stacheldraht-Konto: BSV Förderverein
Konto-Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48
Berliner Bank AG
IBAN: DE58 1007 0848 0665 5245 01
BIC: DEUT DED B110
Verwendungszweck:
„Stacheldraht-Spende“

Bürgerkomitee Leipzig e.V.

Jeweils sonnabends, am 16., 23. und
30. März sowie am 6. und 13. April,
14.00 Uhr: Stadtrundgang „Auf den
Spuren der Friedlichen Revolution“,
Treffpunkt Leipzig, Hauptportal Ni-
kolaikirche

Das Zitat

Wer die Wahrheit sucht,
darf nicht erschrecken,
wenn er sie findet.

Buddhistische Weisheit

Bund der Stalinistisch Verfolgten e.V. (BSV) LV Berlin-Brandenburg

Vorsitzender: Viktor Gorynia
Sprechzeiten: Mi 11–17 Uhr
BSV-Förderverein für Beratungen
Geschäftsstelle: Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Telefon (030) 55 49 63 34
Fax (030) 55 49 63 35
E-Mail: bsv-beratung@gmx.de
Konto: BSV-Förderverein
Berliner Bank AG, BLZ 100 708 48
Nr. 665 52 45 00
IBAN DE85 1007 0848 0665 5245 00
BIC DEUT DE DB110

Union der Opferverbände Kommunisti- scher Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
Vorstandsbeauftragter: Dr. Christian Fuchs
Tel. (030) 55 77 93 51, Fax –40
Sprechzeiten der UOKG-Beratungsstelle S. 19
Ruschestraße 103, Haus 1
10365 Berlin
Internet: www.uokg.de
E-Mail: info@uokg.de
UOKG-Spendenkonto: Nr. 7342728,
Deutsche Bank, BLZ 100 700 24
IBAN DE79 1007 0024 0734 2728 00
BIC DEUTDE33HAN

Redaktion DER STACHELDRAHT, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin
PVSt., Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt
13017#000#0412

Impressum DER STACHELDRAHT

Herausgegeben von der Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)
und dem BSV-Förderverein für Beratungen e.V.

Redaktion: Sybille Ploog, Ruschestraße 103, Haus 1, 10365 Berlin, Tel. (030) 55 77 92 30, Fax (030) 55 77 92 31,
E-Mail: der-stacheldraht@web.de
Konto für Abo und Spenden: BSV-Förderverein, Nr. 665 52 45 01, BLZ 100 708 48, Berliner Bank AG,
IBAN DE58 1007 0848 0665 5245 01, BIC DEUT DE DB110

BUNDESSTIFTUNG
AUFARBEITUNG



Gefördert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Herstellung: Satzherstellung Neymanns, Föttinger Zeile 15, 12277 Berlin, Tel. (030) 70 24 22 24,
E-Mail: neymanns@satzherstellung.com, Internet: www.satzherstellung.com

Verkaufspreis 1,– Euro

Bezug über die Redaktion

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht jedoch in jedem Fall die der Herausgeber,
des Fördermittelgebers oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos kann keine
Haftung übernommen werden. Eine nicht sinnentstellende Bearbeitung eingereicherter Texte behält sich die Redaktion vor.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 21. Februar 2019

